:antifaschistische nachrichten Nr. 10

g 3336 16.5.2013 29. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Prozessauftakt gegen NSU vor dem Oberlandesgericht München

Vor der 6. Strafkammer des Oberlandesgerichtes (OLG) München hat der erste Prozess gegen Beschuldigte aus dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) begonnen. Der Prozessauftakt wurde von großem Medieninteresse begleitet. Vor dem Gerichtsgebäude in der Nymphenburger Straße warteten seit den frühen Morgenstunden hunderte Journalist_innen aus aller Welt. Die Zahl der wartenden Prozess-Besucher_innen war jedoch bei weitem nicht so groß, wie im Vorfeld erwartet wurde.

Neonazis besuchen Prozess

Vor dem Eingang des OLG forderten Demonstrant_innen die bedingungslose Aufklärung der NSU-Mordserie und kritisierten die Verstrickungen der Geheimdienste und Polizeibehörden mit der Neonazi-Szene. In ihrer Pressekonferenz behauptete die Bundesanwaltschaft dagegen: „Unsere Ermittlungen haben keinerlei Anhaltspunkte dafür ergeben, dass staatliche Stellen in die Straftaten des ‚NSU‘ verstrickt gewesen sein könnten“.

Ein Altenburger Neonazi hatte die Szene in den letzten Tagen dazu aufgerufen, den Münchener Prozess zu besuchen. Dem folgten jedoch nur vereinzelte Anhänger, darunter der als Rechtsterrorist verurteilte Karl-Heinz Statzberger (Kameradschaft München) und Maik E., der Bruder des angeklagten André E. Schon zu Prozessbeginn stellten sich die beiden Neonazis in die Warteschlange und gelangten am frühen Nachmittag auch in den Saal. Das Auftreten auf der Besuchertribüne sorgte bei Beobachter_innen und Prozessbeteiligten für Erstaunen. Kann für die Zukunft des Verfahrens ausgeschlossen werden, dass Maik E. als Zeuge in Betracht kommt?



Neonazis vorm Landgericht München, Foto: nsu-watch

Die lange Liste von Skandalen und Nicht-Handeln der Behörden bei der Aufdeckung der NSU-Mordserie wird zunehmend auch von der verschwörungstheoretischen Szene aufgegriffen. Einzelne Vertreter_innen versuchten vor dem Gerichtsgebäude zu provozieren und Medienaufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Verteidiger_innen verzögern Beginn

Der Prozess begann mit einer halbstündigen Verspätung. Zu einer Verlesung der Anklageschrift kam es am ersten Prozesstag nicht. Die Anwält_innen von Beate Zschäpe stellten gleich zu Beginn der Hauptverhandlung einen Befangenheitsantrag gegen die Richter_innen. Auch die Vertretung von Ralf Wohlleben beantragte, den Senat auszutauschen. Das Gericht hätte verweigert, den Berliner Szene-Anwalt Wolfram Nahrath für die Verteidigung von Wohlleben beizuordnen.

Einen weiteren Grund für die Befangenheit des Gerichts sah die Verteidigung in der Beschlagnahme von Briefen. Darin hatte Wohlleben Buchstaben zu Hakenkreuzen verändert. Wohllebens Anwalt Olaf Klemke hatte dies als „Kalligraphie“ verharmlost. Bei der Begründung seines Befangenheitsantrags setzte der Strafverteidiger auf eine Ermüdungstaktik und zitierte zwei Stunden lang frühere Stellungnahmen und Gerichtsentscheidungen.

Das Gericht vertagte den Prozess auf nächste Woche, bis über die Befangenheitsanträge entschieden ist. Mehrere Vertreter_innen der Nebenklage bezeichneten die erneute Verzögerung des Prozesses als eine Katastrophe für ihre Mandant_innen. Diese müssen nun erneut aus München abreisen, bevor der Prozess richtig begonnen hat. Andere Anwält_innen der Nebenklage halten die Verschiebung für nicht nachvollziehbar und juristisch unüblich. Die Verteidigung Beate Zschäpes kündigte vor Verlesung der Anklageschrift noch weitere Anträge an.

Robert Andreasch

http://www.nsu-watch.info/ ■

Hier findet sich auch ein detailliertes Protokoll des 1. Verhandlungstages

Inhalt:

Berlin, Keupstraße und Spur in die Schweiz als Thema im NSU-Ausschuss S. 4
Nationaliberalismus ZwoNull S. 5
Der 1. Mai in Frankreich S. 9



Aktion in Rostock, siehe S. 2

Identitären-Treffen in Berlin

Berlin. Anfang Mai fand im Südosten Berlins ein Deutschlandtreffen der „Identitären Bewegung Deutschlands“ (IBD) statt, auf der – nach Angaben der Veranstalter – „Vertreter mehrerer Dutzend identitärer Ortsgruppen“ teilgenommen haben sollen. Moritz Schellenberg, im vergangenen Jahr Gewinner eines Nachwuchsautoren-Wettbewerbs der „Jungen Freiheit“, berichtete für die im Umfeld von Pennälerschaften entstandene Zeitschrift „Blaue Narzisse“ von dem Treffen, an dem „ca. 50 Aktivisten“ der IBD anwesend gewesen sein sollen. Das Ziel des Bundestreffens war „neben gegenseitigem Kennenlernen, das Wählen einer Führung und die Klärung vieler organisatorischer Fragen“, so Schellenberg. Über das Spektrum der selbsternannten neuen patriotischen „Jugendbewegung“, die bislang eher nur virtuell in Erscheinung getreten ist, berichtet der „Blaue Narzisse“-Autor: „Ein Student sitzt neben einem Lehrling, Kurzbehoste diskutieren mit Anzugträgern. Es sind mehr Damen anwesend als bei vergleichbaren patriotischen Veranstaltungen“. Diskutiert wurden auf dem Treffen Punkte wie Netzsicherheit, Kommunikationsketten bis hin zu finanziellen Fragen. Von den beiden Kandidaten, die „der Identitären Bewegung ihr Gesicht leihen und sie nach außen repräsentieren können“, wurde mit „deutlicher Mehrheit“ Nils Grunemann gewählt, der „maßgeblich am Aufbau der Berliner Gruppe beteiligt ist“. Ihn soll „ein kleiner Stab erfahrener Mitstreiter“ unterstützen. Zum Abschluss des IBD-Treffens führten TeilnehmerInnen im „Alexa“, einer Einkaufsmeile am Alexanderplatz, eine Hardbassaktion gegen „Markenfetischismus“ durch. Um „Punkt Sieben“, so der „Blaue Narzisse“-Autor, „ertönte der Ghettoblaster und die Masse der Warenhausbesucher sah sich von zwei Dutzend Lambdafahnen schwenkenden Jugendlichen umgeben, die zuvor ins Einkaufszentrum eingesickert waren“. Schon „nach einer Minute erfolgte der Abmarsch auf getrennten Wegen um bei Bier, Lagerfeuer und Gesang die Frühlingsluft zu genießen“, so Schellenberg. Bei der Mehrheit der Besucher des Warenhauses mag diese Aktion vermutlich den Eindruck hinterlassen haben, einer Werbeaktion einer neuen Mode-Kette beigewohnt zu haben. *hma* ■

„Bürgerschutz-Tag“ in Nürnberg

Nürnberg. Organisiert von Norbert Deul (Pommelsbrunn), Gründer und Vorstand der „Schutzgemeinschaft für Wohnungseigentümer und Mieter e.V.“, soll am Sonntag, den 12. Mai, im Franken-Center/Gemeinschaftshaus in Nürnberg-Langwasser ein „1. Bürgerschutz-Tag“ stattfinden. Auf der Internetseite zu dieser Veranstaltung heißt es: „Öffentliches Lügen und Betrügen, Unrecht und Abzocke überall? Müssen wir das einfach so hinnehmen? Deutsche Bürgerinitiativen und Verbraucherschützer klären auf! Aufklärung ohne Geschäftemacherei, Erfahrungsaustausch und Erfolgsmodelle gegen Behördenwillkür und Korruption“. Angekündigt werden Vortrage zu Themen wie Umweltschutz, „Die Folgen der Energiewende“, „gesundes Bauen und Sanieren“, „Bezahlbares Wohnen und Mieten“ und über „Schutz vor der EU-Schuldenspirale, bürokratischem EU-Diktat und Unrecht“. Einige der angekündigten Referenten lassen stutzen: Der Architekt Konrad Fischer war Interviewpartner der „National-Zeitung“ und reiste im vergangenen Jahr mit einer ominösen Reisegruppe, der u.a. Jürgen Elsässer angehörte, zu Mahmut Ahmadinedschad in den Iran, der Meteorologe Wolfgang Thüne, Autor des Buches „Der Treibhaus-Schwindel“, engagierte sich in der „Landsmannschaft Ostpreußen“ und wurde unlängst noch im extrem rechten Magazin „ZUERST!“ interviewt, Prof. Dr. Norbert Geng ist zur Zeit kommissarischer Bundesvorsitzender der rechtsliberalen „Partei der Vernunft“ und Beatrix von Storch vom Verein „Zivile Koalition“ unterstützt die neue „Alternative für Deutschland“. Beworben wird die Veranstaltung in Nürnberg u.a. in der „Jungen Freiheit“. *hma* ■

„Unabhängigkeitstag“ in Meran

Italien/Meran(Südtirol). Der „Südtiroler Schützenbund“ (SSB), der es sich zur Aufgabe gemacht hat „die Heimat und die Identität des Tiroler Volkes gegen innere und äußere Feinde zu schützen“, will nach seinem „Freiheitsmarsch“ im vergangenen Jahr am Samstag, den 18. Mai, eine Großveranstaltung in Meran durchführen.

Unter dem Motto „iatz! Für mehr Freiheit und Unabhängigkeit“ soll auf dem Meraner Sandplatz ein Volksfest stattfinden, an dem auch Vertreter anderer „nach Freiheit strebender Völker wie Schotten, Flamen, Katalanen und Venezianer“ teilnehmen sollen. Neben Informationsständen von Verbänden und Parteien soll auch ein umfangreiches Kulturprogramm stattfinden, in dessen Rahmen die Musikgruppe „Volxrock“ auftreten soll. Diese ist neben „Frei.Wild“ die „zweite in Südtirol überaus populäre Musikgruppe, die auch einen betont patriotischen Hintergrund hat“, berichtete die „Junge Freiheit“ (19/2013). *hma* ■

Aktionen zum NSU-Prozess

Rostock. Dass es keines großen Aufwands bedarf Mehmet Turgut, endlich einen Ort zu widmen, der auf ihn und seine rassistisch motivierte Ermordung im Februar 2004 hinweist, zeigten jetzt Antifaschist_innen in Rostock. Sie überklebten die Straßenschilder des Neudierkower Wegs mit Aufklebern, die den Namen des NSU-Mordopfers tragen. Im Neudierkower Weg stand der Imbiss, in dem Turgut seinerzeit von den Neonazis des NSU erschossen worden war. Darüber hinaus hängten sie im Innenstadtbereich mehrere Banner auf, die auf den Prozessbeginn gegen Beate Zschäpe und vier NSU-Unterstützer aufmerksam machten.



Die Antifa Rostock hat eine Pressemitteilung zu den Aktionen veröffentlicht in der sie sich mit den antifaschistischen Aktivist_innen solidarisiert und der Forderung nach einem Gedenkort für Mehmet Turgut Nachdruck verleiht.

Antifa Rostock, Quelle: indymedia ■

Nazis organisieren sich neu

Münster. Nach den Kameradschaftsverboten des letzten Sommers in Hamm, Dortmund und Aachen haben sich die Nazis rasch neu organisiert. Etliche Angehörige der „Kameradschaft Hamm“, des „Nationalen Widerstands Dortmund“ und des „Netzwerkes Münsterland“ (vormals: „Autonome Nationalisten Ahlen“ und „Nationale Sozialisten Münster“) und inzwischen auch der „Kameradschaft Aachener Land“ haben Untergliederungen der neuen Nazi-Partei „Die Rechte“ gegründet.

Auch wenn der hiesige „Bezirksverband Münsterland Die Rechte“ keine Namen von Vorstandsmitgliedern, Kandidaten oder Verantwortlichen veröffentlicht, geben weitere Informationen Aufschluss.

Eine jüngst abgefangene Mail informierte auch die nicht angesprochenen LeserInnen, dass diese Nazi-Untergliederung die Einrichtung eines „Clubheims“ plant, eines „nationalen Freiraums“, der für Feste, Schulungen und Aktionsvorbereitungen, aber auch für „Training“ genutzt werden soll. Hierfür werden nun Spenden gesammelt und der dementspre-

chende Aufruf enthielt auch Hinweise an die Spender: Angegebene Verwendungszwecke wie „„Urlaub“, „Erdbeereis“ oder „Rumsgedie“ werden genauso für das Gebäude verwendet wie „Miete““. Das Projekt soll den „Widerstand im Münsterland erheblich professionalisieren“. Immobilienbesitzer aufgepasst und nicht an Nazis vermieten!

Verantwortlich für das Konto zeichnet Achim Kemper, ehemals Mitglied der „Nationalen Sozialisten Münster“ und einer der Redner beim Nazi-Aufmarsch am 3. März 2012 in Münster. Kemper, ein inzwischen in den Kreis Warendorf versetzter DHL-Postbote, ist auch nach Auflösung der Kameradschaften nunmehr für „Die Rechte“ aktiv. Er hat auch weiterhin landesweit an Nazi-Aufmärschen teilgenommen. Die Nazis haben eine andere Struktur gewählt, setzen jedoch die bisherigen Aktivitäten mit Parteienprivileg fort. Die aktuelle Entwicklung hat zumindest ein Argument der Verbotskritiker entkräftet: Niemand der Nazi-Aktivisten ist den Weg in den Untergrund gegangen, vielmehr haben sie sich in eine Struktur begeben, die im Zweifel deutlich transparenter zu agieren hat als die vormalige anonyme Kameradschaftszusammensetzung. Taktisch dürfte die Strategie sein, sich im Programm der neuen Partei zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen (Sonst gibt es keine Zulassung als Partei). Ansonsten enthält das Programm der neuen Partei die üblichen nationalistischen und rassistischen Positionen einer Nazi-Partei. Inhaltlich wurde das meiste von der ehemaligen DVU übernommen. So bilden ehemalige DVU-FunktionärInnen, die sich nicht der Fusion mit der NPD anschließen wollten, gemeinsam mit Christian Worch – einem seit mehr als 30 Jahren bundesweit aktiven Nazi – den Bundesvorstand der Partei.

Für antifaschistische Aktivitäten im Münsterland heißt es weiterhin wachsam zu sein und den Nazi-Aktivitäten entschlossen und konsequent entgegen zu treten. *Carsten Peters, www.nrw.vvn-bda.de* ■

Petitionsausschuss lehnt Entschädigung für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte ab

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat sechs Jahre nach einer Eingabe des Bundesverbandes eine Entschädigung noch nicht entschädigter Opfergruppen mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Ein Antrag der SPD, wenigstens eine humanitäre Hilfe für die Überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen durch das Finanzministerium prüfen zu lassen wurde ebenso abgelehnt wie ein Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen und der Linken, die Petition dem Finanzministerium zur Erwägung zu überweisen und sie den Fraktionen des Deutschen Bundestages zur Kenntnis zu geben. Auch hier setzte die Mehrheit der Koalitionsfraktionen ihre ablehnende Haltung durch, die sich in allen Fragen der Entschädigung für die Überlebenden des Nazi-Terrors manifestiert. Eine weitere Petition des Bundesverbandes, die sich auf die bisher nicht erfolgte vollständige Nachzahlung der so genannten Ghettorente bezieht, wurde von dem zuständigen Ausschussdienst zunächst einmal nicht angenommen – Begründung: die Petition werde nicht den gewünschten Erfolg haben und sei damit aussichtslos. Wir bestehen auf der Befassung des Petitionsausschusses mit dieser Thematik und werden entsprechende Einwendungen vorbringen.

Dr. Jost Rebentisch
Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.
www.nsberatung.de ■

Proteste gegen Neonazis in Rosenheim

In Rosenheim zeigten am11.5. hunderte Menschen Flagge gegen Neonazis. Am Bahnhof protestierten über 200 Antifaschist*innen direkt gegen rund 25 angereiste Neonazis. Gleichzeitig versammelten sich am Salzstadel weitere Rosenheimer*innen unter dem Motto „Rosenheim bleibt bunt“.

Für die Nazis des Freien Netz Süd dürfte der Tag kein Erfolg gewesen zu sein. Nur etwa 25 „Kameraden“, darunter der als Rechtsterrorist verurteilte Karl-Heinz Statzberger (Markt Schwaben) kamen zu der von dem Meringer Neonazi Roland Wuttke angemeldeten ultrarechten Kundgebung. Zwei Stunden standen sie im Regen, auf der sogenannten „Sumpfwiese“ vor dem Bahnhof, fast zehn mal so vielen Antifaschist*innen gegenüber. „Mobilisierungstechnisch war es ein Erfolg, innerhalb von wenigen Stunden über 200 Menschen auf die Gegenkundgebung an der Post zu mobilisieren“ so Michael Kurz, ein Sprecher der infogruppe rosenheim. Im Laufe des Tages beteiligten sich rund 300 Personen an der Kundgebung.

Aufgrund des unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes waren die Nazis jedoch trotzdem wahrnehmbar. So untersagte die Polizei eine angemeldete antifaschistische Kundgebung am Südtiroler Platz. Es wurde lediglich eine Kundgebung auf der anderen Straßenseite, hinter Absperrgittern, genehmigt. Während die Gegendemonstranten im Fokus der Polizeikräfte waren, konnten sich Neonazigruppen am Vormittag frei und ohne Polizeibegleitung durch Rosenheim bewegen. Es kam unter anderem zu Flugblattverteilungen (vor dem Karstadt) und mindestens einen versuchten Angriff auf Antifaschisten (in der Münchnerstraße). Trotz der negativen Begleiterscheinungen kann der Tag aus antifaschistischer Sicht als Erfolg gewertet werden. *infogruppe rosenheim* ■

Erfolgreicher Protest gegen „Pro NRW“ durch das Verhalten der Polizei getrübt

Bonn. Das Bündnis „Bonn stellt sich quer“ zieht eine positive Bilanz der Proteste gegen die rassistische Vereinigung Pro NRW“ in Bad Godesberg, beschwert sich aber über ein zu rigoroses und auch rechtlich zweifelhaftes Verhalten der eingesetzten Polizeikräfte.

„Wir haben zum Jahrestag der Ausschreitungen von Lannesdorf eindrucksvoll gezeigt, dass entschlossener lautstarker Protest gegen die rechten Hassparolen mit absolut friedlichen Mitteln möglich ist“, erklärt Bündnissprecherin Susanne Rohde. Das Bündnis betont die absolute Notwendigkeit, auf Aufmärsche von Neonazis oder deutschnationalen, rechtsextremen Vereinigungen wie „Pro NRW“ mit breitem bürgerschaftlichen Protest zu reagieren. „Den unerträglichen Hassparolen der rechtsradikalen Splittergruppen muss immer und überall widersprochen werden. Nur so kann eine Gesellschaft deutlich machen, dass ein Feindbild gegen Muslime und die Ausgrenzung von Migranten und Minderheiten außerhalb des demokratischen Konsenses liegt“. „Bonn stellt sich quer“ hebt das mutige Engagement von Jugendlichen in Bonn hervor. Mitglieder der ver.di-Jugend und der Bonner Jugendbewegung hatten in einem Überraschungscoup auf dem Godesberger Theaterplatz eine Sitzdemonstration direkt neben der Kundgebung der Rechten abgehalten.

Das Bündnis hat keinerlei Verständnis dafür, dass diese engagierten und völlig friedfertigen jungen Menschen von der Polizei noch nach dem Abmarsch von „Pro NRW“ festgehalten und einer Personalienfeststellung unterworfen wurden und fordert die sofortige Löschung der aufgenommenen Daten. Bündnissprecher Mani Stenner äußerte sich verärgert über „eine unnötige und rechtlich nicht haltbare Schikane“ der Polizei.

PM Bündnis Bonn stell sich quer ■



Aktion in Rostock

Berlin, Keupstraße und Spur in die Schweiz als Thema im NSU-Ausschuss

Nachdem die letzte Woche im NSU-Untersuchungsausschuss ganz im Zeichen der Pannen, Fehler und Abgründe des Verfassungsschutzes stand (vgl. http://linksfraktion.de/nachrichten/fahrdienst-nazis/), zeigte sich in dieser Woche, dass es die Polizei in vielen Fällen auch nicht besser gemacht hat. Im Sommer 2012 wurde bekannt, dass das LKA-Berlin über viele Jahre einen engen Weggefährten des Trios Zschäpe, Mundlos, Böhnhardt als V-Mann geführt hatte – Thomas Starke. Starke war in den neunziger Jahren kurzzeitig mit Beate Zschäpe liiert, er hat dem Trio den Sprengstoff besorgt, der in Jena in der Garage gefunden wurde und der zum Abtauchen des Trios führte, und Starke war es, der dem Trio nach der Flucht die erste Unterkunft in Chemnitz besorgte. Im Jahr 2000 wird Starke vom LKA-Berlin als V-Mann geworben, es geht um das Verfahren gegen die Blood&Honour Band „Landser". Zwischen 2001 und 2005 gibt Starke fünf Hinweise mit mehr oder weniger deutlichem Bezug zum NSU, die jedoch samt und sonders ohne jede Auswirkung bleiben, weil das Berliner LKA die Informationen nicht an die zuständige Thüringer Polizei weitergibt. Am 13.2.2002 spricht Starke von drei abgetauchten Thüringern die mit Haftbefehl gesucht würden und für die Jan W. Waffen besorgen solle. „Thüringen", „Haftbefehle", „Waffen" – diese Stichworte reichen nicht aus, um beim LKA-Thüringen mal nachzufragen, ob hier drei gesuchte Straftäter bekannt sind. Weder der V-Mann-Führer von Starke, noch der ehemalige LKA-Leiter Haeberer, geschweige denn der Staatssekretär des Inneren Krömer konnten die Frage beantworten, welchen Nutzen solche Informationen haben, wenn sie ungenutzt liegen bleiben.

Sieht man sich die Informationen an, die der V-Mann in Bezug auf das Trio gab, dann wird deutlich, dass sie weitgehend veraltet sind. Während die Quelle 2002 angibt, Jan W. solle Waffen für abgetauchte Thüringer besorgen (das war im Herbst 1998 aktuell), sitzt dieser in Moabit im Knast. Das LKA hat sich keine Mühe gegeben die Information zu überprüfen, man hat sie lieber gleich beiseite gelegt und Starke brav weiter bezahlt.

Spätesten seit März 2012 wusste das Land Berlin und der Innensenator Henkel von dem brisanten V-Mann des LKA aus dem direkten Umfeld des Trios, dennoch wurde der Untersuchungsausschuss über diese wichtige Information erst im September 2012 informiert. Transparenz und Offenheit, wie sie Bundeskanzlerin Merkel als Konsequenz aus dem NSU-Desaster versprochen hatte, sehen sicherlich anders aus. Parallel wurde bekannt, dass auch in Berlin Akten zum Thema Rechtsextremismus „versehentlich" geschreddert wurden. Aussortiert wurden diese Akten schon im September 2011, also deutlich vor der Aufdeckung des NSU. Ein Teil sollte vernichtet, ein anderer dem Landesarchiv zugeführt werden. Durch eine Verwechselung wurden die falschen Akten geschreddert, konnten jedoch weitgehend rekonstruiert werden. Auf die Idee, die im September 2011 aussortierten und noch nicht vernichteten Akten nach der Entdeckung des NSU noch einmal zu kontrollieren, ist man in Berlin nicht gekommen. Noch viel weniger auf einen generellen Vernichtungsstopp zu allen Akten aus dem Bereich Rechtsextremismus.



München 13.4.2013

Bombenanschlag in der Keupstraße und die Spur in die Schweiz

Am 25. April standen Zeugen zum Anschlag in der Keupstraße im Jahr 2004 auf dem Programm des Untersuchungsausschusses, dazu ein Zeuge zur Spur des Trios in die Schweiz.

Der Anschlag des NSU in der Keupstraße aus dem Jahr 2004 hatte die deutlichste Handschrift eines Nazianschlags, selbst das Bundesamt für Verfassungsschutz verglich ihn sofort mit Anschlägen der britischen Nazitruppe Combat 18. Zweimal war dieser Anschlag schon Thema im Ausschuss gewesen und auch am Donnerstag zeigten sich weitere Pannen und Fehler der polizeilichen Ermittlungen, die kaum zu fassen sind. Wie dem Ausschuss durch die Zeugenaussage eines Anwohners der Keupstraße bekannt wurde, waren direkt nach dem Anschlag sofort zwei Polizisten am Tatort, die in der Nähe auf Streife waren. Diese Polizisten wären für die damaligen Ermittlungen enorm wertvolle Zeugen gewesen, denn sie hielten sich in der Stunde vor dem Anschlag in der benachbarten Schanzenstraße auf, eben jener Straße, in der sich auch Mundlos und Böhnhardt vor der Tat aufhielten. Bekannt ist das, weil die Täter in der Schanzenstraße mehrfach von einer öffentlichen Kamera des Senders VIVA aufgenommen wurden. Die beiden Polizisten bewegten sich in einem anderen Teil dieser Straße, dennoch ist es äußerst wahrscheinlich, dass sie den mit Fahrrädern ausgestatteten Tätern begegnet sind. Heute, neun Jahre später, haben beide natürlich keine Erinnerung mehr an mögliche Radfahrer. Umso unerklärlicher, dass sie damals nicht sofort als Zeugen vernommen wurden. Wie beide im Ausschuss versicherten, wurden sie nie nach ihren Beobachtungen gefragt, noch wurden ihnen die Auszüge der VIVA-Kamera mit den Bildern der Täter gezeigt.

Schließlich ging es am Nachmittag um eine Spur des Trios in die Schweiz und die Frage, wie dieser Spur nachgegangen wurde. Im Frühjahr 1998 registrierte die Polizei mehrere Anrufe auf das Telefon des NSU-Helfers Jürgen Helbig, die von Mundlos bzw. Böhnhardt stammten. Einer dieser Anrufe kam aus Concise in der Schweiz. Zur Abklärung wurde das BKA eingeschaltet und dessen Verbindungbeamter in der Schweiz machte die entsprechende Telefonzelle ausfindig. Mehr aber auch nicht. Obwohl bekannt war, dass es sich um abgetauchte Nazis handelte, ging man nicht der Frage nach, was diese in die Schweiz führen könnte und welche Kontakte sie hier haben könnten. Also ermittelte man auch nicht, was die MitarbeiterInnen des Untersuchungsausschusses zu Tage förderten: Am 11. April 1998, dem Tag des Anrufs, fand in Concise ein Blood&Honour-Konzert statt, das von Hammerskinks und Combat 18 Anhängern organisiert wurde und unter dessen ca. 300 Besuchern auch deutsche Nazis waren. Kontakte, Spuren, Fluchtwege – all das wurde vom BKA-Beamten nicht ermittelt, ein Bild das nun schon zur Gewohnheit geworden ist.

Fazit dieser Woche im Ausschuss: Nicht nur der Verfassungsschutz hat im NSU-Fall versagt. Immer wenn es drauf ankam, hat auch die Polizei entscheidende Fehler gemacht. Hätte es sich bei den Gesuchten nicht um Nazis sondern um bombenbastelnde Islamisten gehandelt, das Engagement wäre sicherlich größer gewesen.

Die letzten öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses finden am 13. und 16. Mai 2013 statt.

Gerd Wiegel
linksfraktion.de, 26. April 2013 ■

AfD: Nationalliberalismus ZwoNull – Deutsche Ungleichzeitigkeit

Deutschland ist das Land der Ungleichzeitigkeit. Die soziale Entwicklung blieb hinter der Produktivkraft zurück, seit die Bauern und Bäuerinnen im 16. Jahrhundert ihren Aufstand verloren und Deutschland quasi zurück in die Leibeigenschaft geworfen wurde. Auch 1848 ging der Aufstand verloren. Die ostelbischen Junker gaben mit ihrer wirtschaftlichen und politischen Stärke den Ton an. Einer von ihnen, Otto von Bismarck, konnte nach seiner „Eisen und Blut"-Rede zur Auflösung des Parlamentes beitragen, um die militärische Aufrüstung gegen die Liberalen durchzusetzen. In der Folge formierte sich die nationalliberale Partei, die den Klassenkompromiss zwischen der Stahlindustrie und dem ostpreußischem Großadel mittrug. Dieses Milieu der Vorkriegszeit wurde von Heinrich Manns „Der Untertan" beschrieben.

Ernst Bloch macht die Ungleichzeitigkeit in Deutschland für die Entstehung des Nationalsozialismus mit verantwortlich. Das Fehlen der bürgerlichen Revolution und die unabgegoltenen Kämpfe aus vorindustrieller Zeit verbanden sich mit den Deklassierungsängsten des Mittelstandes und dem allzulange gepflegten Standesdünkel der Herrschenden.

Der Liberalismus in Deutschland schrieb schon immer eher „Freiheit, Eigentum, Korporatismus" auf seine schwarz-weiß-rote Fahnen als „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit". So ist es kein Wunder, dass die marktradikale „Österreichische Schule" der Volkswirtschaft in Österreich und Freiburg entwickelt wurde und unter Pinochet, Reagan und Thatcher umgesetzt wurde.

Und es ist auch kein Wunder, dass die FDP in Deutschland sehr früh mit der Schlusstrichdebatte ein Stop der weiteren Entnazifizierung forderte. Acht Jahre nach Kriegsende musste der britische Geheimdienst gegen ein Nazinetzwerk intervenieren und deren Vorkämpfer verhaften, welches sich anschickte, die nach rechts offene FDP zu unterwandern.

Tradierte Standesdünkel

Dass der Nationalliberalismus mit seinem demokratiefeindlichem Standesdünkel noch immer wirkt, zeigt sich vor allem in der Bildungspolitik. So verhinderte das gutsituierte Bürgertum aus den Elbvororten Hamburgs mit einem Volksbegehren die Ersetzung der antiquierten und hochselektiven vierjährigen Grundschule durch eine sechsjährige Primarstufe, um ihre Kinder vor den „Schmuddelkindern" zu schützen, voller Abscheu vor Bildungsreformen, die für das heutige „akademische Proletariat" verantwortlich seien.

Begeistert von der Wirkmächtigkeit direktdemokratischer Volksbegehren, welche Privilegierte sehr viel mehr zu motivieren scheint als Benachteiligte, gibt sich der Nationalliberalismus modern. Von der Ersetzung demokratisch legitimierter Gremien durch Honoratioren-Räte ist man deswegen nicht abgerückt. Dies macht die Ersetzung der Hochschul-Senate durch Hochschulräte deutlich. Dieses Modell wird durchaus auch im Rahmen der Debatte „Reform des politischen Entscheidungssystems" für die Regierungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland diskutiert. Wobei zunächst der Kampf gegen den „Parteienstaat" auf der Tagesordnung steht mit den Alternativen Direktwahl und Ausweitung der Macht von Ministerpräsidenten und Bundespräsident, sowie Ersetzung der Parteillisten durch die direkte Wahl einzelner Abgeordneter.



AFD-Logo bearb. von MiG, http://www.migazin.de/2013/03/20/alternative-fuer-deutschland-afd-eurofeindlichkeit-islamfeindlichkeit

Ebenfalls in der Bildungspolitik zeigt sich eine bevölkerungspolitischr Maßnahme, die nie auch nur eine Demonstration auslöste: Die Ersetzung des sozialkompensatorischen Erziehungsgeldes durch das einkommensabhängige Elterngeld, weil in Deutschland „die Falschen" die Kinder kriegen. Die AfD geht da noch einen Schritt weiter. In ihrem nicht-offiziellen, vorläufigen Wahlprogramm fand sich noch die Sarrazin-Forderung, das Kindergeld durch eine Kinderpauschale zu ersetzen. Eltern sollten auf einem Schlag das Kindergeld ausgezahlt bekommen. Auch hier sollte allerdings darauf geachtet werden, dass bürgerliche Mindestkriterien erfüllt sein müssten. Diese Diskussion über die „falschen Kinder" stammt aus den rassenhygienischen Zirkeln, die vorrangig von den Nationalliberalen der DVLP, wie Alfred Ploetz, vorangebracht wurden: „Armen-Unterstützung darf nur minimal sein und nur an Leute verabfolgt werden, die keinen Einfluss mehr auf die Brutpflege haben."

„Heillose Vermengung von Staat, Parteien, Gewerkschaften und Verbänden"

Die Alternative für Deutschland ist von einem Milieu installiert worden, welches sich ab 2005 formierte. Die erste Hälfte des letzten Jahrzehnts war im konservativen Bürgertum von Überlegungen geprägt, wie die rot-grüne Mehrheit und insbesondere der Aufstieg der PDS/Die Linke gestoppt werden könne. Eine Maßnahme war die Installation des BürgerKonvent e.V., welcher sich als Zentrum einer konservativen außerparlamentarischen Bürgerbewegung verstehen wollte. Meinhard Miegel beklagt im Manifest „Deutschland ist besser als jetzt" den „Reformstau" in Deutschland und diskutiert, ob das demokratische System komplett abgeschafft werden müsse:

Schon werden Stimmen laut, die die demokratische Ordnung für diese Blockade verantwortlich machen. In einem funktionierenden Gemeinwesen, so heißt es, könnten nicht alle mitreden. Einer müsse entscheiden. Diese Argumentation scheint schlüssig. Trotzdem ist sie falsch. Ursächlich für die Blockade ist nicht die demokratische Ordnung. Ursächlich sind gravierende Fehlentwicklungen an dieser Ordnung vorbei.

Eine „heillose Vermengung von Staat, Parteien, Gewerkschaften und Verbänden" habe die Entwicklung Deutschland nachhaltig beeinträchtigt:

Minderheiten haben die Meinungsführerschaft übernommen. Besonders problematisch sind Machtstrukturen, die aus einem fehlgelenkten Sozialstaat und der Sozialpartnerschaft erwachsen sind.

Große Teile der Bevölkerung hätten sich daran so sehr gewöhnt, dass sie diese Entwicklung „nicht mehr als hochgradig abnorm, sondern fast als normal ansehen." Politiker würden sich nicht mehr trauen, unpopuläre Maßnahmen umzusetzen. Dabei müsse dringend „der Staat die bestehenden sozialen Sicherungssysteme umfassend reformieren und auf ihren Kern zurückführen." Hier seien Bürger-Konvente gefragt, die den Politikern den Rücken stärken.

August von Finck junior (Sohn des NSDAP-Finanzierers August von Finck senior) finanzierte die Kampagne „Deutschland ist besser als jetzt" mit sechs Millionen Euro. Dennoch ging 2005 die PDS als Wahlsieger hervor. In dieser Zeit wurde offen darüber nachgedacht, die politischen Entscheidungsstrukturen zu ändern. Hans-Olaf Henkel sprach davon, dass es mit dem Mehrheitswahlrecht keine Linksbündnisse geben würde, Konrad Adam pflichtete in einer WELT-Kolumne André Lichtschlag bei, bestimmten Schichten das Wahlrecht zu entziehen, die Passiven dürften nicht länger die Aktiven bremsen. Miegel zog sich vom BürgerKonvent zurück. →

„Kannibalistische Sozialpolitik" gegen die „Lebenskraft der zivilen Gesellschaft"

Auch der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim überlegte laut, wie der Parteienstaat zu ändern sei. Als Ururgroßneffe des ostelbischen Junkers Otto von Bismarck war von Arnim zudem in einer Auseinandersetzung über die Rückgabe der von der Sowjetunion enteigneten Adelsgüter beteiligt. Die Junge Freiheit brachte am 21.4.2006 eine Ausgabe mit dem Titel *Der deutsche Watergate-Skandal* heraus, in dem schwerpunktmäßig über den Streit der Zurückgabe der Anwesen berichtet wurde. Als Vorkämpferin der Sache wurde der Göttinger Kreis um Beatrix Herzogin von Oldenburg und ihrem späteren Mann Sven von Storch gehandelt. Hans Herbert von Arnim echauffierte sich über den „Klassenkrieg" der Sowjetunion, der es gar nicht um Enteignung gegangen sei, sondern um die restlose Zerschlagung der Klasse der deutschen Junker. Es sollte die „Renaissance der deutschen Junker" verhindert werden, beklagt sich Thorsten Hinz im Leitartikel „Fluch der bösen Tat". Dieses Handlungsmodell sei gefährlich, wachse doch die „Unterschicht" und mit ihr die „kannibalistische Sozialpolitik". Auch der langjährige konservative FAZ-Redakteur Klaus-Peter Krause und Beatrix von Oldenburg kommen zu Wort. Mit den Worten, dass der Parteienstaat die „Lebenskraft der zivilen Gesellschaft" zerstöre, kündigte sie an, weiter für den Rechtsstaat zu kämpfen.

Reform der politischen Entscheidungsstrukturen

Anfang 2007 schließlich entstand das Netzwerk „Zivile Koalition e.V.", Klaus-Peter Krause schrieb den „jungen Leuten" das Programm, insbesondere tauchte die Formel „Reform der politischen Entscheidungsstrukturen" auf. 2007 gab Beatrix von Oldenburg bereits in der JF bekannt, eine eigene Partei zu gründen. Auch wenn dies ironisch gemeint sein sollte, schließt ihre rechte Sammlungsbewegung durchaus eine Parteigründung mit ein. 2009 diktierte Hans-Olaf Henkel auf der Bundesversammlung der Freien Wähler das Programm für die Bundestagwahl 2013. Von Euro und ESM war noch keine Rede, aber wörtlich von einer dringenden „Reform des politischen Entscheidungssystems". Dieses Entscheidungssystem sei unter der Aufsicht der Alliierten zustande gekommen, um einen Rückfall in den Führerstaat zu verhindern. Davon müssten wir uns heute aufgrund der Zwänge der Globalisierung befreien. Der Vorsitzende der Freien Wähler hätte damals gerne Hans Herbert von Arnim in seiner Partei gesehen. Dieser gab im selben Jahr Beatrix von Oldenburg ein längeres Interview über „die Defizite des Grundgesetzes und die Mängel der Demokratie in Deutschland". Wie Henkel kurze Zeit später verwies er auf die Allierten, die den Erlass des Grundgesetzes „dekretierten", dem deutschen Volk nicht trauten und daher die Parteien gegen eine Volk-Führer-Struktur stärkten. Heute aber hätten wir eine andere Situation: Die Alliierten hätten nicht mehr mitzureden und dem Volk könne man eine demokratische Reife nicht mehr absprechen. Er plädiere daher für direkte Demokratie.

Widerstandsrecht des deutschen Volkes

Mit der Kampagne gegen den Europäischen Rettungsschirm kam es zu einer intensivierten Zusammenarbeit dieser Gruppen. Das Netzwerk von Beatrix von Oldenburg, bzw. jetzt von Storch umfasst acht Internetpräsenzen. Vera Lengsfeld konnte dazu gewonnen werden und der BürgerKonvent wurde quasi ins Netzwerk integriert. In Berlin und in München fanden diverse Kongresse zum ESM statt, an dem auch die Verbände der Familienunternehmen beteiligt waren und ebenso der ehemalige Arbeitgeber von Hans Herbert von Arnim, der Bund der Steuerzahler. Karl Feldmeier, der die Zivile Koalition seit 2007 mitaufgebaut hatte, merkte während eines Kongresses der Zivilen Koalition in Berlin 2011 an, dass jetzt die Zeit für die Gründung einer neuen Partei sei. Bei Sarrazin habe man gesehen, dass die Sammlungsbewegung verpufft sei, weil sie sich nicht parteipolitisch niedergeschlagen habe, daher bräuchte man jetzt eine neue Partei, meinte Feldmeier. Henkel stimmte dem zu. Er wolle noch die Mitgliederbefragung in der FDP abwarten, stimme sie für den ESM, stehe er für eine neue Partei bereit. Hans Herbert von Arnim, der 2011 in Speyer bereits mit Thilo Sarrazin und Hans Olaf Henkel eine Tagung zum Thema Widerstandrecht durchgeführt hatte (bei dem auch Vertreter der sächsischen NPD erfreut mitdiskutierten), wies bei einer weiteren Tagung zum ESM im Mai 2012 darauf hin, dass es jetzt Volksabstimmungen geben müsse. Würden diese nicht stattfinden, hätte das Volk das Recht auf Widerstand.

„Eisen und Blut"

Hierzu passte der Artikel von Alexander Gauland, der zwei Monate später im Juli 2012 titelte: „Warum sich Deutsche mit der Gewalt so schwer tun". Gauland sprach davon, dass die Deutschen ihr Verhältnis zur militärischen Gewalt normalisieren sollten. Hierbei berief er sich nicht nur auf Clausewitz, wonach der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, sondern auch auf Bismarck. Also dem Ururgroßonkel Hans Herbert von Arnims. Wörtlich zitierte er aus der berüchtigten „Eisen und Blut" Rede des Junkers Otto von Bismarck, der gegen die Liberalen wetterte, gegen Mehrheitsentscheidungen und dass Preußen nicht durch Geschwätz, sondern durch Kriege groß geworden sei. Einleitend erwähnte ich, wie es nach der „Eisen und Blut"-Rede weiterging: Als die Liberalen dennoch gegen die militärische Aufrüstung stimmten, wurde das Parlament kurzerhand aufgelöst. Der konservative Teil der Liberalen entwickelte sich dann zur Nationalliberalen Partei, die fortan die Interessen der Bourgeoise vertrat, aber genügend Standesdünkel entwickelte, um mit den machtvollen Großgrundbesitzern Ostpreußens zu paktieren. Hierauf also bezog sich Gauland.

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel

Jener Alexander Gauland muss sich kurz nach dem Fertigstellen seines Artikels mit Konrad Adam getroffen haben, der ja auch mit dem Zensuswahlrecht der Nationalliberalen sympathisiert, schließlich bremse das Wahlrecht der Arbeitslosen die Aktiven in diesem Land (Adam 2005: „Wer soll wählen?"). Anwesend war auch ein Wirtschaftswissenschaftler aus Hamburg mit dem Namen Bernd Lucke. Diese Gruppe heckte einen Plan aus und wartete nur auf einen Startschuss. Unmittelbar nach dem Handelsblatt-Artikel „Aus, Aus, das Spiel ist aus!" von Hans-Olaf Henkel wurde dann der Plan umgesetzt und die Facebook-Seite der Wahlalternative 2013 gegründet. Den Rest kennen wir: Die Wahlalternative 2013 kündigte an, mit den Freien Wählern in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Tatsächlich wurden die Freien Wähler gemästet und geschlachtet. Mit dem Durchlauferhitzer Freie Wähler entstand die Alternative für Deutschland.

„Parteisoldaten" als „Arbeitsscheuen"-Lobbyisten

In der AfD befinden sich eine ganze Reihe von Leuten, die die „Reform der politischen Entscheidungsstruktur" hervorheben. Neben Henkel und Adam auch zwei Wirtschaftswissenschaftler aus dem wissenschaftlichen Beirat: Jörn Kruse, der ein Mehrkammersystem einführen möchte, damit unpopuläre Wirtschaftsentscheidungen vereinfacht werden; Roland Vaubel, der offen über den Entzug des passiven Wahlrechts für die „Unterschicht" nachdachte; Hermann Behrendt aus dem NRW-Verband, der das Parlament durch eine direkt gewählte Regierung ersetzen möchte, damit „Arbeitsscheue" (Behrendt) weniger Einfluss haben; Wolfgang Hübner aus Hessen, der den „Minderheitenlobbyismus" z. B. von Homosexuellen zugunsten der normalen Mehrheit ausschalten und dafür eine „atmende Partei" aufbauen möchte. Konsens ist bisher allerdings „nur" der direktdemokratische Ansatz Hans Herbert von Arnims für unmittelbarere Volk-Führer-Strukturen. Nationalliberalismus 2.0 – und um entsprechend flankierenden Rechtspopulismus ist die AfD auch nicht verlegen, wie die Aufstellung der Landeslisten momentan zeigt.

Andreas Kemper ■

„Gedenken“ in Niederkaina (Bautzen) floppte

Jährlich gedenken am 22. April Vertreter der Stadt Bautzen und einige Einwohner_innen an 195 verbrannte Soldaten einer Volkssturmkompanie in Niederkaina. Diese waren drei Tage nach der Eroberung des Ortes im Jahr 1945 durch sowjetische Truppen in einer Scheune verbrannt worden. Eine Gedenktafel erinnert daran.

Auch Vertreter der extremen Rechten haben dieses Ereignis seit einigen Jahren für sich entdeckt. „Im Jahr 2012 führten „Freie Kräfte“ einen Fackelmarsch mit etwa 80 Teilnehmer_innen zu der Tafel durch. Die Internetseite „oberlausitzerfeder“, die vermutlich Jürgen Hösl-Daum, Stephan Roth und deren Umfeld zuzurechnen ist, verbreitete ein entsprechendes Video.“ teilt Marcel Renner von der Antifa Lausitz auf Anfrage mit.

Seit geraumer Zeit ist die Seite offline. Vermutlich gibt es Schwierigkeiten in der nationalen Szene. Anwohner_innen berichteten, dass in diesem Jahr nur „eine Handvoll Nazis“ am 22. April dagewesen wären, einen Kranz niederlegten und wieder verschwanden. Der Kranz wurde durch Einwohner_innen des Ortes unmittelbar im Anschluss dem Feuer übergeben.

Zeitlich versetzt lud die „Bürgerbewegung Pro Sachsen e.V.“ für den 5. Mai 2013 ebenfalls an die Gedenktafel zur einer Kundgebung ein. Im Jahr 2012 nahmen nach einer ähnlichen Einladung noch 20 Menschen daran teil. In diesem



Jahr versammelten sich gerade noch 13 Teilnehmer_innen.

Weit her scheint es mit der „Bürgerbewegung Pro Sachsen e.V.“, einem Zusammenschluss von mehreren Grüppchen, wie etwa die „Sächsische Volkspartei“, nicht zu sein. Dr. Johannes Hertrampf, der nach der Wende für wenige Monate der DVU angehörte und Autor in diversen Zeitschriften der extremen Rechten wie „Nation und Europa“ war (1), hielt eine kurze Ansprache. In dieser kam deutlich seine Sympathie zur „Alternative für Deutschland“ zum Ausdruck, denn so Hertrampf „Die Führer der EU sind bereit, Deutschland in eine neue Diktatur zu stürzen.“.

Unter den Anwesenden waren unter anderem: Marion Kelz (Vorsitzende des Kreisverbandes Görlitz der Sächsischen Volkspartei) und Jürgen Uwe Krumpholz (Beisitzer im DSU Vorstand Landesverband Sachsen, Ex-NPD Mitglied. (2)

Jens Thöricht

Quellen:
1) https://de.wikipedia.org/wiki/Freiheitliche_Partei_Deutschlands
2) http://afagoerlitz.blogsport.de/nazistrukturen/

Breite Proteste gegen Naziaufmärsche am 1. Mai



Berlin

Polizei setzt Nazidemo mit massiver Gewalt durch +++ 5000 Antifaschist_innen auf der Straße gegen Nazis

Um 9.00 Uhr startete das Bündnis 1. Mai Nazifrei seine ersten Aktionen, um den Naziaufmarsch zu verhindern. Gegen 8:40 Uhr fand die erste kreative Aktion in der Brückenstr. 5 statt. Bei dieser ketteten sich vier Aktivisten an einer Pyramide fest. Die Polizei benötigte 3 1/2 Stunden um diese unter Einsatz von schwerem Gerät zu entfernen.

Um 10.00 Uhr wurde die erste Blockade durch die Aktivist_innen in der Schnellerstr. errichtet. Zeitgleich versuchten mehrere tausend Menschen in Oberschöneweide weitere Blockaden auf der Naziroute zu etablieren. Dies konnte aufgrund von massiver Polizeigewalt nicht durch gesetzt werden, weil die Polizei immer wieder Pfefferspray, Wasserwerfer, Schlagstöcke und Hunde einsetzte. Mehrere Blockierer_innen wurden verletzt. Der Pressesprecher des Bündnisses 1. Mai Nazifrei Jan Landers erklärt zusammenfassend hierzu: „Trotz enormer Planungen und Anstrengungen seitens der Berliner Zivilgesellschaft und antifaschistischer Gruppen ist es uns nicht gelungen, den Naziaufmarsch zu verhindern. Die Berliner Polizeiführung hat heute bewiesen, dass es ihnen wichtiger ist, einigen hundert Nazis mit allen Mitteln den Weg frei zu prügeln als gelebte Demokratie auf den Straßen von Berlin-Schöneweide zuzulassen. Susanna Kahlefeld (MdA, Bündnis 90 / Die Grünen) dazu: „Ich bin schockiert über den massiven Polizeieinsatz gegen die Gegendemonstrant_innen. Wenn das die neue Strategie der Berliner Polizei ist, sehe ich schwarz für zivilgesellschaftliches Engagement.“

Unter dem Motto „Kommt nach vorne – Nazis und Rassisten blockieren! Kein Naziaufmarsch am 1. Mai in Berlin!“ hatten mehrere hundert Organisationen und Einzelpersonen dazu aufgerufen, den Naziaufmarsch mit Massenblockaden zu verhindern.

Gemeinsam gegen Nazis Berlin Schöneweide

Frankfurt

Das Bündnis „antifaschistischer Ratschlag Rhein-Main“ hat durch entschlossene Aktionen und Blockaden eine Nazikundgebung in Frankfurt verhindert. Über 4000 Personen waren den Tag über an den Aktionen beteiligt. “Uns ist es gelungen, am01. Mai 2013 die Blockaden gemeinsam und entschlossen gegen ein Großaufgebot der Polizei durchzusetzen, und so die Kundgebung der NPD unmöglich zu machen”, so eine Sprecherin des Bündnisses.

Sowohl der Schienenverkehr am Ostbahnhof als auch zwei Zufahrtsstraßen zum angemeldeten Nazikundgebungsort wurden blockiert. In der Konsequenz war es den Nazis unmöglich, zum Kundgebungsort nach Frankfurt zu kommen.

Stattdessen marschierten ca. 150 gewaltbereite Nazis ohne Polizeischutz durch Hanau und griffen Migrant*innen an. Als sich Bürger*innen daraufhin gegen die Angriffe der Neonazis und deren Aufmarsch zur Wehr setzten, rückte relativ schnell die Polizei an. Trotz Repression seitens der Polizei wurde den Nazis auch dort entschlossen entgegengetreten.

Während der Blockaden wurden die Gegendemonstrant*innen massiv durch Tränengas und Schlagstockeinsätze

durch die Polizei angegriffen und verletzt. In diesem Zusammenhang ist es absurd, wenn der Frankfurter Oberbürgermeister Peter Feldmann der Presse gegenüber behauptet, Polizei und Gegendemonstrant*innen hätten an diesem Tag sehr gut kooperiert. Nach derzeitigem Kenntnisstand mussten ca. 100 Menschen medizinisch versorgt werden. Es kam zu circa 30 Ingewahrsamnahmen.

Der Aufbau eines breiten antifaschistischen Bündnisses, die gute Zusammenarbeit und natürlich die letztendliche Verhinderung der Nazikundgebung ist ein großer Erfolg.

Dortmund

Die Genehmigung des Nazi-Aufmarsches durch die Verwaltungsgerichte führte in Dortmund zu vielfältigen antifaschistischen Protesten rund um den 1. Mai. Bereits am Vorabend des 1. Mai hatten Neonazis der Partei „Die Rechte" eine Demo mit Startpunkt auf dem Sonnenplatz in Dortmund geplant. Nicht gerechnet hatten sie mit einer sehr gut funktionierenden Nachbarschaft – mehrere hundert AntifaschistInnen versammelten sich mit Trillerpfeifen und Plakaten auf und neben dem Sonnenplatz. Für die Nazis blieb nur der Rand des Platzes.



Die Kundgebung der Nazis, ihre Wort- und Musikbeiträge gingen im gellenden Pfeifkonzert gänzlich unter. Der anschließende Zug der Nazis nach Dorstfeld, eingerahmt von Polizisten, blieb völlig unbeachtet von den AnwohnerInnen der westlichen Innenstadt.

Neben der üblichen DGB-Demo zum 1. Mai, die in diesem Jahr unter dem Stichwort „80 Jahre Sturm auf die Gewerkschaftshäuser" stand, hatte „Dortmund stellt sich quer" (DSSQ) in die Nordstadt mobilisiert: „Keine Nazis in der Nordstadt – nie wieder." Eine weitere antifaschistische Demo startete ebenfalls im Norden. Direkt an der Demo-Route der Nazis im Stadtteil Körne setzte DSSQ später einen lauten und schwarz-gelben Akzent: in Hör- und Sichtweite schallte den Nazis unser unüberhörbarer Protest entgegen. Großflächige Absperrungen und ein massives Polizeiaufgebot verhinderten leider, dass es im Aufmarschgebiet der Neonazis zu Blockaden wie im September 2011 kommen konnte. Rigoros wurden AntifaschistInnen von den Einsatzkräften abgedrängt und drangsaliert, teilweise ohne Angabe von Gründen Personenkontrollen und Festnahmen durchgeführt. Wenn Gerichte weiterhin erlauben, dass Nazis – egal wo – marschieren, wird der antifaschistische Widerstand noch mehr als bisher zur Pflicht. Dortmund stellt sich quer wird auch weiterhin gegen Aufmärsche der Neonazis in Dortmund und anderswo mobilisieren.

PM Dortmund stellt sich quer

Erfurt

Den Aufmarsch von ca. 200 Neonazis der sogenannten “Freien Kräfte” haben am 1. Mai ca.1000 Antifaschist*innen erfolgreich blockiert. Ulli Klein, Sprecherin der [ake], erklärt: „Die Freien Kräfte um ihren Versammlungsleiter Michael Hartmann haben den Versuch unternommen, am Tag der traditionellen linken Demonstrationen und 80 Jahre nach der Zerschlagung der Gewerkschaften durch das Naziregime, einen Aufmarsch durch Erfurt durchzuführen. Uns ist es mit Hilfe von Kundgebungen, der DGB Demonstration und mehreren Blockaden gelungen, dass die Nazis nicht wie geplant laufen konnten." Gegen Mittag standen zwei antifaschistische Blockaden im Nonnenrain/Clara-Zetkin-Straße und Nonnenrain/Windhorststraße. Die letztere wurde von der Polizei geräumt, doch die Naziroute war trotzdem blockiert. In der Schillerstrasse gelang es zudem, den Lautsprecherwagen der Nazis zu blockieren. Durch die Blockaden konnte der Naziaufmarsch frühzeitig am marschieren gehindert worden. Gegen 15 Uhr ließ die Polizei die Nazidemo dann loslaufen, doch aufgrund der Blockade musste der Aufmarsch nach 280 Metern abgebrochen werden, die Nazis mussten umdrehen. Ulli Klein, die Sprecherin der [ake], erklärt abschließend: „Wir freuen uns, dass dem Aufruf des „Keinen Meter"-Bündnisses so viele Menschen gefolgt sind und sich aktiv den Nazis in den Weg gestellt haben. ...Der 1. Mai hat gezeigt, dass antifaschistischer Protest erfolgreich sein kann."

Quelle: Antifaschistische Koordination Erfurt 1.5.2013

Würzburg

Gespenstisch muteten Teile der Würzburger Innenstadt am 1. Mai an – so hermetisch und großräumig war die geplante Route der Neonazis schon ab dem frühen Morgen abgeriegelt. Selbst Anwohner mussten sich ausweisen, um in ihre Häuser zu kommen. Dagegen reichte der Bahnhofsvorplatz nicht aus für alle Teilnehmer an der großen Protest-Demo „Würzburg ist bunt, nicht braun", zu der fast 100 Organisationen und Verbände aus Politik, Kirchen und Gewerkschaft aufgerufen hatten. So sammelte sich die Menschenmenge auch noch auf der Hälfte des benachbarten Busbahnhofes. Die Teilnehmerzahl an der Bunt-Demo wuchs in ihrem Verlauf auf über 8000 Menschen an – noch einmal 1000 mehr als bei der ersten „Bunt statt braun"-Demo im Jahr 2005.

Nach der Begrüßung durch DGB – Regionsvorsitzenden Frank Firsching und einem Willkommensgruß von „internationalen" Würzburger Jugendlichen setzte sich der Zug in Richtung Kaiserstraße in Bewegung. Auf Schildern und Transparenten ist zu lesen: „Nazis entgegentreten", „I hate Nazis", „Nur bunt ist gesund", Würzburg-Aufkleber für die Demokratie werden verteilt, „Dumm, dümmer, Nazi" heißt es auf einem Gewerkschaftstransparent, das zwei Männer in rosa Hasenanzügen tragen. An der Spitze läuft die Prominenz hinter der Plane „Würzburg ist bunt", unter ihnen Oberbürgermeister Georg Rosenthal, Vertreter von Kirchen, Friedensorganisationen und Parteien.

Während ab 13.00 Uhr am Unteren Markt das „Fest der Demokratie" in Gang kam, bereiteten sich am Ostausgang des Hauptbahnhofs die Nazis auf ihren Aufmarsch vor, der sich dann auch mit einiger Verspätung in Richtung Berliner Ring bewegte – abgeschottet durch über tausend Polizisten und weiträumige aufgestellte Absperrgatter.



Immer wieder versuchten Demonstranten, den Zug aufzuhalten. An einigen Stellen kam es dadurch zu Auseinandersetzungen mit der Polizei mit mehreren Leichtverletzten auf beiden Seiten sowie 14 Festnahmen. In der Semmelstraße gelang es einigen jungen AntifaschistInnen kurzfristig zu blockieren, doch die Blockade wurde sofort von den Einsatzkräften aufgelöst, wobei diese nicht zimperlich vorgingen.Viele Hundert DemonstrantInnen standen auch am Nachmittag an den Absperrgittern am Bahnhof und am Berliner Ring und quittierten den Auftritt der braunen Marschierer mit einem gellenden Pfeifkonzert. Gegen 17 Uhr gab die Polizei Entwarnung: Die Rechtsextremen waren abgefahren. Ab 17.30 Uhr gab es noch eine kleine antifaschistische Demonstration, die ohne Probleme ablief. *jüw*

Quellen: www.mainpost.de, www.dgb-schweinfurt.de, 2.5.13, eigener Bericht

„Deutsche Stimme“ verstummen lassen
Aktionstag am 8. Juni 2013 in Riesa

Der „Deutsche Stimme Verlag“ nimmt eine zentrale Stelle im Geflecht aus NPD und militanten Neonazis ein. Der Verlag gibt monatlich die Parteizeitung der NPD und zahlreiche weitere neofaschistische Schriften heraus. Sein Sitz in der Geschwister-Scholl-Straße in Riesa beherbergt außerdem die Büros des Parteivorsitzenden Holger Apfel und des NPD-Chefhetzers Jürgen Gansel. In Riesa glaubt die NPD einen ruhigen Platz gefunden zu haben, um von dort aus Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus verbreiten zu können.

Das nehmen wir nicht mehr hin. Wir warten nicht auf das NPD-Verbot, sondern werden unseren Protest vor die Haustür der NPD bringen.

Wir fordern:
- Keine Ruhe für Nazis und Rassisten!
- „Deutsche Stimme“ zumachen!
- NPD-Verbot jetzt!

Ablauf:

10.30 Uhr: Für Fahrradfahrer: Ab Rathausplatz entlang Stätten von Widerstand und Verfolgung des NS-Regimes

11.00 Uhr: Für Zugfahrer: Sammelpunkt Bahnhof Riesa, von da aus gemeinsam zum Riesapark



13.00 Uhr: Für alle Sammelpunkt Parkplatz „Riesapark“ an der Rostocker Straße

14.00 Uhr: Demonstration zur „Deutschen Stimme“ in der Geschwister-Scholl-Str. 4, dort Kundgebung

19.00 Uhr: Kundgebung Rathausplatz u.a. mit Kerstin Köditz (DIE LINKE), Cornelia Kerth (VVN-BdA)

20.00 Uhr: Antifa-Konzert

Ab 10.00 Uhr: Infopunkt und Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ vor dem Filmpalast „Capitol“, Hauptstr. 72 a

Frankreich:

Der 1. Mai der extremen Rechten

Zum jährlichen Aufmarsch des Front National (FN) in Paris, den die rechtsextreme Partei seit 1988 „zu Ehren der Nationalheiligen Jeanne d’Arc“ an diesem Datum durchführt, kamen am 1.5.2013 insgesamt knapp 3.000 Menschen. Unsere eigenen Beobachtungen decken sich dabei weitgehend mit jenen der Pariser Polizei, die ihrerseits von rund 3.000 Teilnehmer/inne/n sprach. Ihrerseits sprachen der antifaschistische Journalist André Déchot von „höchstens 2.000“, die liberale Pariser Abendzeitung *Le Monde* von 6.000, und die Parteiführung des Front National selbst von angeblich „15.000“ Teilnehmer/inne/n.

Sollten unsere Angaben (ungefähr) zutreffen, dann ist die Mobilisierung rückläufig. Zum Aufmarsch des Front National am 1. Mai in Paris kamen im Jahr 2011 rund 2.500, im darauffolgenden Jahr 2012 jedoch rund 5.000 Menschen. Allerdings fiel der Termin im Frühjahr 2012 auf die Zeitspanne zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahl, und einen guten Monat vor den französischen Parlamentswahlen. Der Front National musste also auf eine möglichst starke Mobilisierung, durch (auch kostenlose) Reservierungsmöglichkeiten für Busfahrten auch aus weiter entfernt liegenden Regionen, achten.

Nach wie vor besteht eine starke Diskrepanz zwischen dem Stimmpotenzial des Front National bei Wahlen, seiner Mitgliederentwicklung (laut eigenen Angaben verfügt er – nach einem starken Anwachsen im letzten Jahr – über 65.000 Mitglieder, doch diese Zahlen sind stark aufgebläht), und seiner realen Mobilisierung von Aktivisten „an der Basis“. Letztere hinkt erheblich hinter dem Zuwachs von „einfachen“ Wählern und Sympathisantinnen her.

Nach wie vor schafft der FN es auf dieser 1. Mai-Demonstration auch nicht, die beiden auseinander strebenden Flügel seines Publikums bei Wahlen – ein eher bürgerlich-reaktionäres, auf Besitzstandswahrung bedachtes, und ein proletarisches oder deklassiertes Publikum – gleichzeitig zu vereinigen. Optisch überwog beim diesjährigen 1. Mai-Aufmarsch stark der Anteil an visuell auffälligen Sympathisanten (Kurzhaarschnitt, T-Shirts mit Aufschriften „Skinheads“ u.ä., Militärklamotten: in diesem Jahr mit Original-Oberkleidung der internationalen Schutztruppe ISAF in Afghanistan…) und von offensichtlich deklassierten Menschen: Der circa 15 Minuten lang vor mir stehende Herr trug bspw. die schäbigste Anzugsjacke, die ich in meinem ganzen Leben sehen konnte, nicht nur extrem abgewetzt, sondern mit sage und schreibe 25 bis 30 Löchern...

Inhaltlich wurde in der diesjährigen Ansprache der Chefin wenig Neues geboten. Die Nation als Schicksalsgemeinschaft sowie „die Autorität des Staates“ soll die Menschen vor der Krise schützen, Frankreich muss wieder souverän werden (gegenüber supranationalen EU-Institutionen und durch Verriegelung der Grenzen für Einwanderung), und die Nation soll ein „Freiheitsraum“ sein gegenüber „den Totalitarismen, allen vor der mondialisme (ungefähr: Eine-Welt-Ideologie) und der Islamismus“. Die Rednerin ließ die Namen des Linkspolitikers Jean-Luc Mélenchon – im letzten Jahr Präsidentschaftskandidatin des Bündnisses „Linksfront“, das aus der französischen KP und einer Linksabspaltung der Sozialdemokratie besteht – und der Arbeitgeberpräsidentin Laurence Parisot gleichzeitig ausbuhen. Beide nannte sie zu diesem Zweck in einem Atemzug, im selben Halbsatz. Aus dem Publikum ertönten dabei Zwischenrufe: „Mélenchon, in den GULAG!“ Kurz zuvor hatte Marine Le Pen ihre Theorie untermauert, „Linke und (bürgerliche) Rechte“ seien gleichermaßen „die beiden Stützpfeiler dieses neuen weltweiten Totalitarismus“, die beiden „Verteidiger dieses räuberischen Systems, das diese Welt der Vermarktung von allem und jedem schuf, und das die Völker knechtet“.

Ansonsten attackierte Marine Le Pen die französischen Gewerkschaften noch in einer anderen Passage ihrer Rede. Dort behauptete sie, die CGT (der noch immer stärkste französische Gewerkschaftsdachverband, „postkommunistisch“) und der Arbeitgeberverband MEDEF zögen beide an einem Strang, als zwei Stützpfeiler des Systems. Konkret führte sie dazu ferner aus: „Die CGT und der MEDEF, ein weiteres Mal vereint, opfern die Arbeitenden auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit – mit der Flexibilität, opfern die Rentner zugunsten der Haushaltskonsolidierung, und die französischen Arbeiter zugunsten der Immigration.“ Solche Vorwürfe an die Adresse der CGT sind in der Sache reichlich unsinnig, da die CGT just die so genannte „Vereinbarung der Sozialpartner zur Arbeitsmarktpolitik“ vom 11. Januar 13 – welche eine gehörige Portion „Flexibilität“ einführt, und u.a. den Betrieben in „Krisenzeiten“ ein Abweichen gegenüber den kollektivvertraglichen Löhnen nach unten hin erlaubt – eben nicht unterschrieben hat. Im Gegenteil hat die CGT sich

diesem „Abkommen“ vom 11. Januar 13, das durch drei halb-gelbe Gewerkschaftsverbände (allen voran die rechtssozialdemokratisch geführte CFDT) unterzeichnet worden ist, deutlich widersetzt. Über ihre Entschlossenheit mag man vielleicht diskutieren, aber die CGT hat seit Februar d.J. massenhaft Kampagenmaterial gegen dieses „Abkommen“ drucken und verteilen lassen, und am 5. März sowie am 9. April 13 auch auf den Straßen dagegen mobilisiert. Ein angebliches Bündnis zwischen dem stärksten Gewerkschaftsverband und dem Kapitalistenverband Medef, wie Marine Le Pen es suggeriert, um die extreme Rechte als eine Art „einzige Alternative zu diesen Säulen des Systems“ erscheinen zu lassen, ist deswegen schlicht imaginär. Um es pointierter auszudrücken: Es handelt sich schlicht um eine Lüge.

Gewalttätige rechtsextreme Attacken

Im Raum Reims fand am ersten Mai dieses Jahres einerseits die frankreichweite Kleckerkundgebung von drei halbgelben Gewerkschaftsverbänden (CFDT – rechtssozialdemokratisch, UNSA – „unpolitisch“ und „moderat“, CFTC – christlich) statt.

Parallel zu ihr fand, andererseits, eine Demonstration von nicht-gelben Gewerkschafter/inne/n im Stadtzentrum von Reims statt. Dazu kamen lt. Regionalpresse rund 350 Menschen, besonders von der CGT, der Bildungsgewerkschaft FSU, sowie einige Menschen von der „Linksfront“ (reformistische Linke, Zusammenschluss aus französischer KP und einer Abspaltung der Sozialdemokratie“) und der „Neuen Antikapitalistischen Partei“ (radikale Linke). Dieser 1. Mai-Zug hatte einen rein regionalen Charakter, und die Beteiligung an ihm fiel in diesem Jahr – die derzeitigen Schulferien und die allgemeine soziale Depression mögen die Hauptgründe sein – außergewöhnlich schwach aus.

Gegen 10 Uhr früh stieß der gewerkschaftliche Demonstrationszug auf ein Dutzend neofaschistischer Aktivisten, die in der Nähe einer Statue des früheren Königs Ludwig XV. verweilten, wo sie ihrerseits eine Kundgebung (im Geiste der ewigen Konterrevolution) abhalten wollten. Beim Aufeinandertreffen der beiden, ungleich großen Gruppen kam es sofort zu Aggressivität. Zwischen einem der gewerkschaftlichen Demonstranten und einem Faschisten kam es zu einer Prügelei, während ein anderer eine Fahnenstange als Schlaginstrument benutzen wollte. Die Faschisten riefen „Reims den Reimsern!“, während die Gewerkschafter/innen die Internationale anstimmten – welche wiederum der Anführer des rechtsextremen Häufleins, Thierry Maillard, aus Provokation mit ihnen absang. (Sic!)

Thierry Maillard tritt in Reims seit mindestens 1990 aktiv in Erscheinung. Er war wiederholt Parlamentskandidat für die rechtsextreme Wahlpartei Front National (FN), ist jedoch zugleich der Aktivist offen gewaltbereiter neofaschistischer Grüppchen. 1999 nahm er an der Gründung einer Abspaltung vom Front National unter Bruno Mégret teil, dem damaligen FN-Mouvement national und späteren MNR; dabei gab folgende Erklärung ab: „OK für die innerparteiliche Demokratie, aber nicht für die Demokratie außerhalb der Partei, mit Urnen undsoweiter!“ (Vgl. http://www.antifaschistische-nachrichten.de/1999/03/014.shtml) Später kehrte er zur „Mutterpartei“, dem FN, zurück, und trat bei ihrer 1. Mai-Kundgebung 2010 in Paris mit Fallschirmjägermützen, Vollkörper-Lederschutz und Schlägerhandschuhen auf. Thierry Maillard ist vor Ort in Reims im Vereinsregister als Gründer einer „Gruppe revolutionärer Nationalisten“ (GNR) eingetragen, unter deren Fahne auch das Faschistengrüppchen am diesjährigen 1. Mai auftrat.

Die Polizei trennte die Kontrahenten daraufhin rasch, wie die örtliche Presse erzählt. Örtliche Antifaschist/inn/en dagegen berichteten uns, ein entschlossener Teil des – zahlenmäßig weitaus stärkeren – Gewerkschaftszugs habe daraufhin das Grüppchen von aufgeheizten Faschisten zu umzingeln begonnen. Jedoch habe die örtliche CGT daraufhin entschieden, den Demonstrationszug glatt an der Stelle zu beenden, also um ein Drittel abzukürzen (offiziell „aufgrund der schwachen Mobilisierung“), umzudrehen und die Reden vor dem Gewerkschaftshaus von Reims statt an der ursprünglich vorgesehenen Stelle zu halten.

Andere Aggressionen

Anderswo in Frankreich kam es ebenfalls zu Aggressionen. In Grenoble versuchte eine offenkundig homophobe Gruppe, die sich auf „maskulinistische“ Forderungen und die Ideale der „Väterrechtsbewegung“ berief, gewaltsam in den Frauenblock der 1. Mai-Demonstration und in den der Union syndicale Solidaires einzudringen. Mutmaßlich, um ein weiteres Mal ihrer Opposition gegen das Frisch verabschiedete Gesetz zur Homosexuellen-Ehe Ausdruck zu verleihen. Nachdem dies den Teilnehmern an dem Versuch verweigert worden war, wurden sie gewalttätig. Mehrere Demonstrant/inne/n und gewerkschaftliche Verantwortliche wurden mit Schlägen traktiert; ein Mitglied der anarcho-syndikalistischen CNT musste daraufhin ins Krankenhaus eingeliefert werden.

In Paris hatte am Vormittag gegen 10 Uhr, ungefähr zeitgleich zum Beginn der jährlichen Demonstration des Front National (FN), eine radikale Antifagruppe in deren Sichtweite zu einer Protestkundgebung aufgerufen. Unter dem Motto „Ihnen nicht die Straße überlassen“ versuchten sie sich dem FN symbolisch zu widersetzen. Man mag dies – unter uns – für taktisch ungeschickt halten, zumal nur (je nach Angaben) zwischen 50 und 150 Menschen dazu erschienen. Die Kundgebung war über Facebook und anderswo öffentlich angekündigt worden. Binnen kürzester Zeit wurde sie durch rund dreißig vermummte Rechtsradikale überfallen; lt. beteiligten Antifaschisten handelte es sich um Hooligans des Pariser Fußballclubs PSG und um Anhänger der neonazistischen Jeunesses nationalistes (FN), die im Oktober 2011 als Abspaltung vom „schlappen“ Front National entstanden. Es kam zu drei Runden Schlagabtausch, in der Folge musste ein Antifaschist ins Krankenhaus eingeliefert und fünffach genäht werden. Wenig später tauchte die Polizei auf.

Die Antifaschist/inn/en nahmen kurz darauf an der „klassischen“ Anti-FN-Kundgebung auf dem Pont du Carrousel statt, zu der mehrere Hundert Menschen erschienen. Jährlich seit 1996 wird auf dieser Seinebrücke dem Tod von Brahim Bouarram gedacht, der am 1. Mai 1995 an genau der Stelle ertränkt worden waren – durch Neonazis. Diese liefen beim jährlichen Zug des Front National (FN) mit, gehörten allerdings nicht der Partei selbst an, sondern der offen faschistischen Splittergruppe Oeuvre française (ungefähr: „Französisches Werk“). Allerdings waren sie zu dem Zweck mit einem Bus, den der FN für die Anreise seiner Aktivisten und Sympathisanten zur Verfügung gestellt hatte, aus Reims angereist. (Schon wieder Reims! L'Oeuvre française ist übrigens dieselbe Gruppe, welcher früher der oben erwähnte Thierry Maillard aus Reims als führender Kader angehörte – und L'Oeuvre française ist heute ebenfalls die „Erwachsenen“organisation der erwähnten Jeunesses Nationalistes.) Die Mörder von Brahim Bouarram wurden 1999 verurteilt. – Die Kundgebung auf dem Pont du Carrousel, zu der jährlich mehrere antirassistische Organisationen aufrufen, blieb wie immer friedlich. Allerdings wurde ein faschistischer und Verschwörungstheorien liebender Blogger überrascht, nachdem er zahlreiche Menschen auf der Brücke „interviewt“ und fotografiert hatte. Antifaschisten versuchten, ihm zum Löschen seiner Fotos zu zwingen, bevor die Polizei eingriff – die dies zwar verhinderte, den faschistischen Provokateur jedoch einer peniblen Kontrolle unterzog.

Kurz darauf begann auf dem Vorplatz der Pariser Oper die jährliche 1. Mai-Kundgebung des Front National unter Marine Le Pen (siehe oben). Dazu muss noch erwähnt werden, dass im unmittelbaren Umfeld dieser Kundgebung kleine Flyer/Aufkleber verurteilt wurden, die den Namen und die persönliche Adresse des Journalisten Abel Mestre enthielten. Er arbeitet für die liberale Pariser Abendzeitung Le Monde als Spezialist für die extreme Rechte, und konnte dies nur als Drohung auffassen. Die Zeitung hat am Nachmittag des 2.5.13 Strafanzeige deswegen erstattet. *Bernhard Schmid, Paris* ■

Wien: Aktionen zum 1. Mai

Der 1. Mai gilt als Tag der Arbeiter_innen. In Österreich wird jedoch vor allem Geflüchteten der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, haben die Akteur_innen der Protestbewegung an diesem Tag verschiedene Aktionen durchgeführt – und sind dabei auf gehörigen Widerstand seitens der Polizei gestoßen.

Der „Sigmund Freud Park“, umgangssprachlich auch „Votivpark“ genannt, galt über mehr als einen Monat als Zentrum der Refugee Protestbewegung. In Anlehnung daran, dass Sigmund Freud selber ein Flüchtling war, wurde der Park mittags in einer feierlichen Zeremonie nun symbolisch in „Refugee Protest Park“ umgetauft.

Trotzdem zeigt sich Khan Adalat über die bisherigen Resultate in der Politik ernüchtert: „Six months protest and we only changed the name of this park. Do we need six years to finally get some solutions?“ Am 1. Mai sollte auch der Arbeitsmarktzugang diskutiert werden. Dieser wird Asylwerbenden beinahe verunmöglicht. Dabei würde ein Erlass des SPÖ Ministers Hundstorfer ausreichen, um ihn für Personen im Asylverfahren zu öffnen. Dazu wäre nicht einmal ein parlamentarischer Beschluss nötig. Aus diesem Grund und auch um auf Abschiebungen in Kriegsregionen aufmerksam zu machen, war die Bewegung ebenfalls am Rathausplatz bei der 1. Mai Feier der SPÖ vertreten. An Bundeskanzler Faymann und Bürgermeister Häupl gerichtet meint Shahjahan Khan: „You are talking about social justice while we are threatened by deportation. There will be no social justice as long as you provide it only for voters!“

Dass es für Asylsuchende gefährlich ist, die eigene Stimme für existentielle Rechte zu erheben, mussten einige Protagonist_innen der Bewegung während der jährlichen Mayday-Parade am späteren Nachmittag erfahren. Ein einziger Geflüchteter wurde direkt am Refugee Protest Park von mindestens 50 (!) Polizist_innen eingekesselt, jedoch aufgrund von Druck der Parade nach längerer Zeit wieder frei gelassen. Direkt nach Weiterzug der Demonstration wurde der Geflüchtete ohne Nennung der Gründe wiederholt festgehalten und nun ohne die- Aufmerksamkeit des Demozugs abtransportiert. Vier Freund_innen, darunter ein weiterer Refugee, die ihm zur Hilfe eilten, wurden daraufhin ebenso mitgenommen. Mittlerweile sind die Betroffenen wieder frei gekommen, wobei das Motiv der Exekutive für ihr aggressives Verhalten immer noch unklar ist.

resseaussendung der Refugee Protestbewegung Camp Vienna zum 1. Mai ■

Zuwanderungsbilanz 2013 Jahresgutachten Migration

Zuwanderer sind im Durchschnitt jünger und besser ausgebildet als Inländer. Dies geht aus dem Jahresgutachten 2013 des Sachverständigenrats Migration (SVR) hervor, der am 12. April 2013 vorgestellt wurde. Davon profitiere Deutschland dreifach: Die Zuwanderer seien jung, gut qualifiziert und sie kämen zahlreich.

Anlässlich der Veröffentlichung bezeichnete die Vorsitzende des SVR, Christine Langenfeld, dieses Phänomen als Freizügigkeitsdividende, die jedoch noch zu wenig wahrgenommen werde. Diese Entwicklung steht im krassen Gegensatz zu den öffentlich wahrgenommenen und gern bemühten Schlagworten wie „Sozialtourismus“ oder „Zuwanderung in die Sozialsysteme“.

Jeder fünfte Zuwanderer (20,7 Prozent) aus den 2004 beigetretenen EU-Staaten besitzt einen Hochschulabschluss. Dies gilt ebenso für die Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien (20,9 Prozent). Der Akademikeranteil der Inländer liegt bei nur 18,1 Prozent.

Dies wirkt sich auch positiv auf die sozialen Sicherungssysteme aus. Eine Einwanderung in die Sozialsysteme kann bislang nicht belegt werden. So gehen beispielsweise 72,1 Prozent der in diesem Fall oftmals bemühten rumänischen und bulgarischen Zuwanderer im Alter zwischen 25 und 44 Jahren einer Erwerbstätigkeit nach. Das sei für Neuankömmlinge eine gute Arbeitsmarktintegration. „Armutswanderung ist bislang die Ausnahme, nicht die Regel“, sagte Langenfeld.

Allerdings muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass es durchaus eine Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten in schlecht bezahlte Jobs gibt, etwa bei befristeten Arbeitsverhältnissen oder im Rahmen von Werkverträgen. Auch werden diejenigen Hochqualifizierten, die in Deutschland adäquat beschäftigt werden im Durchschnitt schlechter bezahlt als ihre deutschen Kolleginnen und Kollegen.

Das Jahresgutachten verweist noch darauf, dass besonders Universitäten zu „Migrationsmagneten“ und „Integrationsmotoren“ werden, die verstärkt dazu beitragen, den Fachkräftebedarf zu decken und Deutschland als Wissenschaftsstandort attraktiver zu machen. Dem müsse jedoch Rechnung getragen werden, indem man diese stärker in die Migrationspolitik einbinde. Außerdem müsse endlich eine migrationspolitische Gesamtstrategie entwickelt werden. Die Forderung nach einem „Nationalen Aktionsplan Migration“ (NAM) soll eine Migrationspolitik „aus einem Guss“ ermöglichen, durch die Vernetzung der Akteure soll eine institutionelle Zusammenarbeit der verschiedenen politischen Ebenen gefördert werden.

Das Jahresgutachten 2013 inklusive Integrationsbarometer findet man im Netz unter: http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2013/04/SVR_Jahresgutachten_2013_Web.pdf

Die Zusammenfassung des Gutachtens unter: http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2013/04/SVR_JG-2013_Kernbotschaften.pdf

Quelle: Publikation „Forum Migration Mai 2013“, 1.5.2013 ■

Flüchtlingsrat Saarland verlangt Klarheit über Zahlenspiele

Etwa 200 der rund 1000 Flüchtlinge können das Flüchtlingslager Lebach verlassen, verkündete Innenministerin Monika Bachmann am 30. April im Namen der von ihr geleiteten Regierungskommission. Diese Kommission zur Situation der Flüchtlinge im Lager Lebach setzt sich wie im Koalitionsvertrag vereinbart aus Vertretern der Landesregierung, Wohlfahrtsverbänden und Kommunen zusammen. Die aktuell der Öffentlichkeit präsentierte Zahl ist allerdings nicht neu: So sprach Karin Schmitz-Meßner vom Innenministerium am 5. April in einem Interview mit dem Saarländischen Rundfunk ebenfalls von etwa 200 Personen, die das Lager sofort verlassen könnten, weil sie bereits eine Aufenthaltserlaubnis hätten. „Der Verdacht liegt nahe, dass es sich bei den etwa 200 Flüchtlingen um ein und dieselbe Gruppe handelt, die auch ohne staatliche Erlaubnis das Lager Lebach jederzeit verlassen kann, sobald die Menschen eine Wohnung gefunden haben.“, so Peter Nobert vom Saarländischen Flüchtlingsrat. „Falls das stimmen sollte, hätte Innenministerin Bachmann der Öffentlichkeit lediglich Scheinergebnisse präsentiert und die Arbeit der Kommission stände immer noch am Anfang.“

„Wir erwarten, dass das Innenministerium gegenüber den Flüchtlingen und der Öffentlichkeit in dieser Angelegenheit Klarheit schafft. Wir erwarten auch, dass die Kommission ihr bald einjähriges Schweigen beendet und ihre bisherigen Beschlüsse veröffentlicht.“, so Roland Röder ebenfalls vom Saarländischen Flüchtlingsrat.

Insbesondere gehe es bei der Frage des Aufenthalts oder der Versorgung durch Lebensmittelpakete um die Menschen, die entweder noch im Asylverfahren seien oder als langjährig Geduldete im Lager Lebach leben müssten. Deswegen solle die Kommission endlich ihre Kriterien benennen, nach denen zukünftig entschieden würde, wer das Lager verlassen dürfe und wer nicht.

Abschließend erinnerten Roland Röder und Peter Nobert daran, dass es zur Auflösung des Lagers Lebach keine Alternative

gebe. Ohne Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen und der Umstellung von Sach- auf Geldleistungen sei eine humane Flüchtlingspolitik nicht machbar.

Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingrat Saarland, 6.5.2013 ■

„KARAWANE Flüchtlingsfrauenbewegung"

Hamburg. Vom 19. bis zum 21. April 2013 hat die Flüchtlingsfrauenkonferenz in Hamburg stattgefunden. Es haben über 130 Flüchtlingsfrauen aus Afghanistan, Ägypten, Algerien, Äthiopien, Brasilien, Deutschland, Elfenbeinküste, Frankreich, Gambia, Guinea, Indien, Iran, Kamerun, Kenia, Kongo, Kosovo, Kurdistan, Mali, Mazedonien, Mexico, Nigeria, Pakistan, Russland, Serbien, Sudan, Syrien, Togo, Türkei und Uganda teilgenommen. Nach einer Vorstellungsrunde am Samstag, bei der jede Frau neben ihrem Namen ihr Herkunftsland und ihre Stadt in Deutschland benannten und mit einer Fahne auf einer Weltkarte und einer Deutschlandkarte markierten, gab es verschiedene Impulsreferate von Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen zu den Themen: „Warum diese Flüchtlingsfrauenkonferenz zum jetzigen Zeitpunkt?", „Was sind Fluchtgründe von Frauen" und einer sehr persönlichen Geschichte einer jungen Frau aus Dagestan, die ihren Kampf um Aufenthalt und selbständiges Leben hier in Deutschland schilderte.

Im Anschluss daran ergriffen mehrere Flüchtlingsfrauen das Mikrophon und erzählten ihre Geschichte, ihre Fluchtgründe sowie die Zustände in ihren Heimatländern und in den Lagern und Heimen in Deutschland. Sie benannten die Trennung von ihrer Familie innerhalb Deutschlands, die menschenunwürdigen Unterbringungen in Heimen, Lagern und Dörfern, die mangelnde Versorgung mit Deutschkursen, das Fehlen der Arbeitserlaubnis, die Residenzpflicht sowie den täglichen Kampf, mit wenig Geld bzw. mit Gutscheinen ein Leben bestreiten zu müssen. Hinzu kommen der alltägliche Rassismus und die (sexuelle) Gewalt. Frauenspezifische Fluchtgründe wie die Genitalverstümmelung, (sexuelle) Gewalt in den Herkunftsländern sowie politische Aktivität und drohende Gefängnisstrafen waren Gegenstand der Redebeiträge. Eine von Abschiebung bedrohte Freundin erfuhr starke Solidarität und hat durch die Flüchtlingsfrauenkonferenz wieder Kraft gefunden, ihren persönlichen Kampf für ein Recht auf Asyl aufzunehmen.

Am Sonntag wurde eine Grußbotschaft von Olesia Lahmar Cherif, die akut von Abschiebung bedroht ist und sich aufgrund dieses Drucks in einer schlechten psychischen Verfassung befindet, vorgelesen. Hieraus entstand die gemeinsam verabschiedete Position der Konferenz, eine Solidaritätserklärung im Namen der Flüchtlingsfrauenkonferenz zu schreiben.

Die Teilnehmerinnen der Konferenz haben beschlossen, unter dem Namen „KARAWANE Flüchtlingsfrauenbewegung" den gemeinsamen Kampf fortzusetzen. Es wurde eine Koordinierungsgruppe gebildet, die sich regelmäßig trifft und die von der Konferenz beschlossene Flüchtlingsfrauenkonferenz 2014 vorbereitet.

Mit den Ergebnissen der Konferenz gehen alle Frauen zurück in ihre Städte und werden dort berichten. Zum Tribunal in Berlin vom 13. bis 16.6.2013 wird es eine Erklärung sowie Anklagen von den Frauen geben.

Quelle: http://www.thecaravan.org 2.5.2013 ■

Baden-Württemberg schiebt wieder ab

Trotz Protesten lief am 24. April die erste Sammelabschiebung ab Baden-Airpark nach Serbien und Mazedonien. Nach dem Ende des sog. Winterabschiebestopps für Familien mit minderjährigen Kindern (Ausnahme „Straftäter") hat auch die grünrote Regierung von Baden-Württemberg die Abschiebungen in den südosteuropäischen Raum wieder aufgenommen. Am 24. April flog eine gecharterte Maschine der Air Bulgaria 127 Personen aus (davon 100 nach Serbien und 20 nach Mazedonien). 83 der abgeschobenen Personen kamen aus dem schleswig-holsteinischen Neumünster, sie wurden in 10-stündiger Fahrt mit zwei Bussen zum Baden-Airpark gebracht. Nach Auskunft des Regierungspräsidiums Karlsruhe wurden 10 Personen aus Baden-Württemberg abgeschoben. Ursprünglich waren 60 vorgesehen, doch ein Teil dieser Menschen habe kurzfristig noch die Möglichkeit der „freiwilligen Ausreise" erhalten, ein anderer Teil hat sich der Abschiebung entzogen.

Im Hof des alten Terminals standen zwei große Reisebusse mit etwa 120 Personen, darunter zahlreiche Kleinkinder, aus Ost-Holstein. Zuvor erreichten einige Kleintransporter u.a. mit einer siebenköpfigen Familie aus Hessen, den von einem großen Polizeiaufgebot bewachten Abschiebeterminal.

Dem Aufruf des regionalen Bündnisses gegen Abschiebungen BaWü folgten mehr als 50 Personen aus verschiedenen Städten, die ab 7.00 Uhr morgens lautstark gegen die Abschiebung protestierten. Der Zaun des Terminals wurde mit Transparenten behängt. Es gab Sprechchöre wie z. B. „Abschiebung Stopp!" Eigenständige Kinderrechte wurden eingefordert. Im Hauptterminal fand eine Kundgebung für die Fluggäste statt.

Es war möglich mit den Betroffenen über den Zaun hinweg in Kontakt zu treten. Dadurch erfuhren die Menschenrechtsaktivist_innen, dass die zwei Reisebusse aus dem 800 km entfernten Neumünster kamen und mehr als 9 Stunden mit Kleinkindern unterwegs waren. Eine Familie mit fünf Kindern aus Mazedonien berichtete über ihre erzwungene „freiwillige" Ausreise. Sie wurden vor die Alternative gestellt, entweder „freiwillig" auszureisen oder mit polizeilichem Zwang, was u.a. ein fünfjähriges Einreiseverbot zur Folge hätte. Des weiteren erzählten sie, dass sie in Mazedonien keine Unterkunft haben, die Kinder nicht in die Schule gehen können und es keine Gesundheitsversorgung gibt. Ein Jugendlicher aus Südserbien betonte, dass Roma dort diskriminiert werden.

Wir protestieren entschieden gegen diese bundesweite Abschiebeaktion, durchgeführt unter Amtshilfe der Grün-Roten-Landesregierung Baden-Württembergs!

Regionales Bündnis gegen Abschiebungen Baden-Württemberg Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 30.4.2013 ■

Neuburg: Keine Abschiebung nach Afghanistan

Bayern. Die Situation für afghanische Flüchtlinge in Bayern spitzt sich weiter zu. Nachdem bereits letzte Woche mindestens ein Flüchtling nach Kabul abgeschoben wurde (der Flüchtlingsrat berichtete), droht nun Salem Begzad (21) aus Neuburg an der Donau die Abschiebung. Das wollen seine Freunde von der Hobby-Fußballmannschaft nicht hinnehmen. Am Montag haben Sie sich mit einer Petition an den Bayerischen Landtag gewendet und sammeln Unterschriften gegen die Abschiebung (https://www.openpetition.de/petition/online/gegen-die-drohende-abschiebung-von-herrn-salem-begzad-nach-afghanistan).

Salem Begzad reiste im Jahr 2010 nach Deutschland ein und stellte einen Asylantrag, der jedoch abgelehnt wurde. Für alleinstehende Männer aus Afghanistan sind die Anerkennungschancen sehr schlecht, denn der bayerische Verwaltungsgerichtshof hat 2011 entschieden, dass volljährige afghanische Flüchtlinge nach Afghanistan abgeschoben werden können, da der Bürgerkrieg nicht die notwendige Intensität für eine Flüchtlingsanerkennung habe. Dabei sind neben der allgemeinen Gefahr durch den Bürgerkrieg und die Mangelversorgung, Zwangsrekrutierungen durch die Taliban und das boomende Geschäft mit Entführungen insbesondere für Abgeschobene eine ständige Bedrohung.

Trotz seines unsicheren Aufenthalts hat Salem Begzad sich in Deutschland gut integriert: Über den Fußball und seine Arbeit in einem Hotel fand er zahlreiche Freunde, einen Sprachkurs zahlte er aus eigener Tasche. Seitens des Innenministeriums war noch im Februar dieses Jahres, anlässlich der Behandlung einer Petition gegen Abschiebungen nach Afghanistan

im bayerischen Landtag, der Eindruck erweckt worden, dass Abschiebungen nur bei Straftätern angedacht seien. Dies erweist sich nun als Täuschungsmanöver, um die Rückführungen zu rechtfertigen. Auch Herr Begzad hat nie Straftaten begangen. Bereits am letzten Mittwoch war zudem ein junger Afghane aus Öttingen abgeschoben worden. Auch er war nie straffällig geworden, arbeitete Vollzeit bei einer Dönerkette, hatte seit seiner Einreise deutsch gelernt und galt als gut integriert.

„Wir fordern einen Abschiebestopp für Salem Begzad und alle anderen Bürgerkriegsflüchtlinge“ erklärt Tobias Klaus vom Bayerischen Flüchtlingsrat „Bereits jetzt ist Afghanistan mit der Rückkehr von Flüchtlingen aus dem Iran und Pakistan und den Binnenvertriebenen vollständig überfordert: Rückkehrer sind meist obdachlos oder leben in Slums. Abgeschobene aus Europa werden zudem von den Taliban bedroht, weil sie als Spione des Westens verdächtigt werden.“

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de ■

Flüchtlinge in Wolfsburg erheben ihre Stimme

Wolfsburg. Am 27. April 2013 versammelten sich etwa 150 Menschen am Wolfsburger Hauptbahnhof, um sich mit den Flüchtlingen des Isolationslagers Wolfsburg/Fallersleben zu solidarisieren. Mit Transparenten, Sprechchören, Trommeln und Musik ging es durch die Wolfsburger Innenstadt. Eine starke Präsenz der Flüchtlingsgemeinschaften aus Ostniedersachsen, Hannover, Braunschweig und Peine setzten ein neues Zeichen in der Region:

„Wir haben zu lange gelitten, wir mussten unsere Länder verlassen, aufgrund von Kriegen, Armut und Verfolgung. Anstatt Schutz zu genießen und die Möglichkeit zu haben, unser Leben neu aufzubauen, werden wir in Lagern von der Gesellschaft isoliert, diskriminierenden Gesetzen unterworfen, in unserer Bewegung beschränkt. Viele von uns sind mittlerweile schwer traumatisiert und haben Hoffnung und Mut verloren. Aber diejenigen von uns, die der organisierten Zerstörung standhalten, sind jetzt draußen auf der Straße. Genug ist genug – Wir stehen hier für alle unsere Brüder und Schwestern, die die Kraft nicht mehr aufbringen und wir sehen auch, dass wir mehr werden. Denn überall in Deutschland brechen Flüchtlinge die Isolation, leisten zivilen Ungehorsam und fordern ihre Rechte. Unsere Forderungen sind die Schließung des Lagers und die Erteilung von Arbeitserlaubnissen, Recht auf Ausbildung und Bewegungsfreiheit und den Stopp der Abschiebungen…“

Die Drohung der Abschiebung war immer die Taktik der Behörden, um Widerstand zu brechen. John Moven, einer der Organisatoren des Protests, wurde einige Tage zuvor, als er Aufrufe zur Demonstration zur Ausländerbehörde brachte, gesagt, er solle keine Proteste organisieren, das führe nur zu seiner Abschiebung. „Sie verweigern uns unsere Menschenrechte, sie erniedrigen uns und verlangen, dass wir dies schweigend ertragen.“

Jerry Bagaza, einer der Sprecher der Flüchtlingsgemeinschaft Fallersleben, erklärte: „Diese Zeiten sind auch in Wolfsburg vorbei. Wir bauen zusammen mit den Freundinnen und Freunden aus Braunschweig, Hannover, Peine, Uelzen, Lüneburg und anderen Orten ein Netzwerk der Solidarität“. „Wir wollen Freiheit“ schallte es durch die Straßen. Alain Nkurunziza berichtete über rassistische Polizeikontrollen, seine Weigerung die Beschränkung der Bewegungsfreiheit, die sogenannte Residenzpflicht anzuerkennen und die ihm angedrohte Haftstrafe. Mit dem Lied von MC Nuri aus Gifhorn - Wenn du gefangen bist in diesem Asylantenheim, wünschst du dir nur eins – ein freier Mensch zu sein – lief die Demonstration erneut durch die Innenstadt zurück zum Bahnhof.



Dort endete der kraftvolle Protest mit dem Aufruf zur öffentlichen Prozessbeobachtung für Dumbia Brahima aus Peine, der am 15. Mai vor dem Verwaltungsgericht Braunschweig für seinen Aufenthalt kämpft.

Der Kampf geht weiter, ob auf der Break Isolation Konferenz in Thüringen, der Refugee Liberation Bus Tour in Baden Württemberg, rund um die Innenministerkonferenz in Hannover, mit den Lagerbesuchen, in den Protestzelten und alle zusammen zum Internationalen Tribunal im Juni in Berlin.

SOLIDARITÄT ! Break the Isolation!

Quelle: http://thevoiceforum.org ■

Wertgutscheinsystem abschaffen!

Lüneburg. In einem Offenen Brief an den Landrat, den Vorsitzenden des Kreistags, den Abgeordneten im Kreistag und den Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg wirdvom AStA-Antirassismusreferat Lüneburg sowie weiteren Gruppen die Bargeldauszahlung für Flüchtlinge im Landkreis und der Stadt Lüneburg gefordert.

„ … wir fordern Sie hiermit dazu auf, als ersten Schritt einer humaneren Flüchtlingspolitik Bargeld statt Wertgutscheine an Flüchtlinge auszuzahlen und erinnern an die Entscheidungen vom 15. Oktober 2012.

In der Sitzung am 15. Oktober 2012 hat der Lüneburger Kreistag einstimmig bei mehreren Enthaltungen den damaligen niedersächsischen Innenminister Schünemann dazu aufgefordert, die „rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, damit der Landkreis Lüneburg anstelle von Wertgutscheinen Bargeld an Asylbewerber/innen auszahlen kann“. Damit erregte der Landkreis überregionale Aufmerksamkeit, die sich auch in der Presse widerspiegelte (beispielsweise im NDR).

Im Februar 2013 legten sich Landes-SPD und Landes-Grüne darauf fest, man solle in der aktuellen Legislaturperiode auf „Landesebene […] die diskriminierende Wertgutscheinpraxis beenden und durch Bargeldauszahlung ersetzen“ (Koalitionsvereinbarung Seite 12). Am 27. Februar 2013 wurde dann ein Erlass beschlossen, der es ermöglicht, Flüchtlingen außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen (≠ Gemeinschaftsunterkünften) Bargeld statt Wertgutscheine auszuzahlen. Dieses schnelle Handeln ist zu begrüßen, auch wenn in diesem Zuge eine grundsätzliche Abschaffung des Wertgutscheinsystems hätte erfolgen können.

Laut einer Aufstellung des niedersächsischen Flüchtlingsrates haben die Städte Göttingen, Oldenburg, Delmenhorst und Osnabrück sowie die Landkreise Holzminden, Wittmund, Wesermarsch, Hameln-Pyrmont, Aurich und Osterholz zum 1. April 2013 Bargeld statt Wertgutscheine ausgezahlt. Fälschlicherweise tauchen in dieser Aufstellung auch die Stadt und der Landkreis Lüneburg auf. Eigene Recherchen haben aber ergeben, dass in Lüneburg an Flüchtlinge weiterhin Wertgutscheine ausgegeben worden sind und eine Abschaffung noch nicht beschlossen ist. Auch die taz berichtet fälschlicherweise, das Wertgutscheinsystem in Lüneburg sei bereits zum 1. April abgeschafft worden.

Wir gehen davon aus, dass der Kreis langfristig die Abschaffung des Wertgutscheinsystems plant. Doch wir fordern den Landkreis und die Stadt Lüneburg auf, dies bereits ab Mai zu tun. Schließlich hat Lüneburg im Oktober 2012 eine kämpferische Position bezogen und wir hoffen, dass die Ankündigungen keine leeren Wahlkampfversprechen waren.

Bis zur endgültigen Abschaffung des Wertgutscheinsystems sind alle eingeladen, jeden 1. Donnerstag im Monat zwischen 11 und 14 Uhr im studentischen Café PlanB Wertgutscheine im Verhältnis

1:1 an Flüchtlinge zurückzutauschen.

Kein Mensch ist illegal! Für grenzenlose Solidarität mit allen Flüchtlingen!

AStA-Antirassismusreferat Lüneburg, AStA-Politik Referat, Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen, Wagen-Volksküche, Dielinke.SDS, QuattroFAK
Quelle: AStA-AntirassismusReferat Universität Lüneburg ■

Protest vor dem Regierungspräsidium Freiburg

Am 10. Mai hat die Liberation Bus Tour, die sich für die Rechte von geflüchteten und migrierten Personen einsetzt und in gesamt Baden-Württemberg unterwegs ist, Freiburg erreicht. Seit dem 26. April ist die Refugees Liberation Bus Tour in Süddeutschland unterwegs. Hintergrund der Liberation Bus Tour ist die alltägliche Ausgrenzung und der Rassismus gegen geflüchtete und migrierte Personen. Bewusst steuert die Liberation Tour die Zentren der Ausgrenzung – die Sammelunterkünfte – in Baden-Württemberg und Bayern an, in denen hunderte Menschen, oft jahrelang unter diskriminierenden Bedingungen leben müssen.

Die Liberation Tour besuchte die Sammelunterkunft in der Bissierstraße in Freiburg, informierte und diskutierte mit den Bewohner_innen. Einige der Bewohner_innen solidarisierten sich spontan. Ein kurzer Demonstrationszug von etwa 45 Personen zog mit verschiedenen Transparenten (z. B. Asylrecht ist Menschenrecht, Jeder Mensch hat das Recht, Rechte zu haben!, Refugees Welcome!) zum Eingang des Regierungspräsidiums Freiburg. Ein Bleiberecht, Schließung aller Sammelunterkünfte sowie die gesetzliche Abschaffung der Residenzpflicht wurde gefordert. Eine Delegation der Liberation Tour übergab dem Regierungspräsidium und damit der Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer eine Offene Protestnote an die Grün-Rote Landesregierung von Baden-Württemberg. Die Protestnote wendet sich vor allem gegen die polizeiliche Überwachung der Tour. Sammellager sind politisch hoch brisante Einrichtungen, in denen täglich Menschenrechte gebrochen werden. Eine politische Betätigung in den Lagern ist verboten. Dies allein widerspricht dem Grundverständnis der freien Meinungsäußerung, der freien politischen Betätigung, der Koalitions-, Organisations- und Versammlungsfreiheit. Gerade da, wo ein Mangel an Rechten besteht, muss den Betroffenen die Mittel und Wege zugestanden werden für diese zu kämpfen.

Besucht wurden unter anderem auch die Unterkünfte in der Hermann-Mitsch-Straße und in der Hammerschmiedstraße. Am Abend informiert die Liberation Tour in einer Veranstaltung über ein in Berlin stattfindendes internationales Flüchtlingstribunal gegen die BRD „vereint gegen koloniales Unrecht“ das vom 13-16. Juni 2013 stattfinden wird.

Mehr Informationen: http://www.aktionbleiberecht.de
Aktion Bleiberecht Freiburg ■

Innenministerkonferenz in Hannover:

Bleiberecht für alle

In Deutschland leben immer noch über 85.000 geduldete Flüchtlinge, davon ca. die Hälfte schon länger als sechs Jahre. Einige hunderttausend Flüchtlinge leben in Deutschland ohne Aufenthaltsstatus.

Duldung bedeutet permanente Angst vor der Abschiebung, dazu kommt noch eine Reihe von diskriminierenden Sondergesetzen, wie Ausbildungs- und Arbeitsverbot, Residenzpflicht, Wohnen in Lagern, Ernährung durch Essenspakete und vieles mehr.

Noch schlimmer ist die Situation von Menschen ohne Papiere (so genannte „Illegale“). Sie haben keinen Zugang zu Bildung, angemessener Gesundheitsversorgung und auch keinen Anspruch auf Sozialleistungen.

Die fundamentalen Menschenrechte werden Flüchtlingen aufgrund von „migrationspolitischen Erwägungen“ seit Jahrzehnten verweigert, als Teil einer Abschreckungsstrategie, damit möglichst wenige Menschen hier Asyl beantragen. Zwar hat das Bundesverfassungsgericht erfreulicherweise im Juli 2012 die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes für verfassungswidrig erklärt und einen ersten wichtigen Schritt in Richtung einer Gleichbehandlung von Flüchtlingen gemacht. Aber nun müssen auch Ausbildungs- und Arbeitsverbote, die Residenzpflicht und das Wohnen in Lagern abgeschafft werden.

Eine wirkliche Perspektive und Gleichbehandlung kann jedoch erst mit einem „Bleiberecht für alle“ geschaffen werden. Obwohl bereits mehrere (sehr eingeschränkte) Bleiberechtsregelungen in den vergangenen Jahren beschlossen wurden, ist das Leben mit einer „Kettenduldung“ immer noch für viele Betroffene eine ernüchternde Praxis. Die Regelungen der Vergangenheit zeigen zwar die Einsicht der Politiker/innen, eine Lösung für geduldete Flüchtlinge finden zu müssen. Gleichzeitig verdeutlichen sie aber auch ihre Unfähigkeit, eine wirkliche Lösung zu finden, also die Kettenduldung vollständig abzuschaffen. Es werden derzeit einige Regelungsentwürfe diskutiert, die jedoch realitätsfern sind und demonstrieren, dass aus den Erfahrungen in der Vergangenheit kaum etwas gelernt wurde. Die diskutierte Aufenthaltsdauer von vier bzw. sechs und acht Jahren sind immer noch viel zu hoch. Auch die anderen Kriterien sind realitätsfern und unangemessen:

- Wie können die Menschen ihren Lebensunterhalt sichern, wenn Arbeitsverbote für sie bestehen und sie jahrelang nicht arbeiten durften?
- Wie sollen Flüchtlinge die Sprachkenntnisse der Stufe B 1 beherrschen, wenn sie keinen Anspruch auf die Sprachkurse („Integrationskurse“) haben.
- Auch der Ausschluss schon bei geringen Straftaten ist absurd, weil dies einerseits ein Doppelbestrafung darstellt, anderseits viele der so genannten Straftaten aufgrund der diskriminierenden Sondergesetze „begangen“ werden, z. B. wegen der Residenzpflicht!

Weil Politiker nicht in der Lage oder willens sind, eine humanitäre Regelung zu beschließen, werden tagtäglich immer noch viele geduldete Flüchtlinge abgeschoben.

Um gegen diese entwürdigenden Zustände zu kämpfen und endlich eine Bleiberechtsregelung für alle durchzusetzen, treffen wir – Jugendliche ohne Grenzen (JoG) – uns wieder zur kommenden Innenministerkonferenz (IMK) im Mai. Diesmal ist der Schauplatz unserer Proteste und Kämpfe Hannover.

Am 22. Mai 2013 um 17:00 Uhr laden wir euch alle zur unserer Demonstration in Hannover für ein „Bleiberecht für Alle“ ein! Unter dem Motto „Bleiberecht für Alle““ veranstalten wir unsere Jugendkonferenz vom 21. bis 24. Mai 2013. Am 23. Mai 2013 werden bei einer Gala der „Abschiebeminister 2013“ gewählt und der Initiativenpreis 2013 an Menschen verliehen, die sich besonders für die Menschenrechte von Flüchtlingen eingesetzt haben.

Wir fordern:

- Bedingungsloses Bleiberecht für Alle!
- Die Abschaffung ALLER ausgrenzenden Gesetze und Regelungen, wie zum Beispiel Residenzpflicht, Asylbewerberleistungsgesetz und Lagerunterbringung!
- Die Legalisierung von Menschen ohne Papiere!
- Chancengleichheit bei Bildung, Ausbildung und Arbeit!
- Abschaffung der Abschiebungshaft!
- Vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention für Flüchtlingskinder – auch in der Praxis!
- Das Recht für unsere abgeschobenen FreundInnen, in ihre Heimat Deutschland zurückzukehren!

Quelle: http://jogspace.net 7.5.2013 ■

Eine jüdisch-französisch-deutsche Erinnerungsgeschichte

Das Kölner Landgericht am Appellhofplatz hat am 29. Januar 1980 Kurt Lischka, Herbert Hagen und Ernst Heinrichsohn wegen der Deportation von mehr als 75.000 Juden aus Frankreich zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Zehn Jahre zuvor hatten Serge und Beate Klarsfeld begonnen, zusammen mit den „Fils et Filles de Déportés Juifs de France“ in der Bundesrepublik um die juristische Anerkennung der Shoah in Frankreich zu kämpfen. Köln war in dieser Zeit Schauplatz zahlreicher Demonstrationen.

Diese riefen nicht nur der Kölner Bevölkerung ins Bewusstsein, dass in den 1970er Jahren noch zahlreiche ehemalige NS-Täter unbehelligt in der bundesdeutschen Gesellschaft lebten. Mit ihren offensiven Aktionen leitete das Ehepaar Klarsfeld zusammen mit den Opfern und ihren Angehörigen einen Paradigmenwechsel in der hiesigen Erinnerungskultur ein.

Im Berliner Metropol-Verlag ist nun ein von Anne Klein unter Mitarbeit von Judith Weißhaar herausgegebenes Bilder LeseBuch erschienen, das den Kölner „Lischka-Prozess“ mit seiner Vorgeschichte und seinen Auswirkungen auf die Erinnerungskultur nachzeichnet. Anhand von wissenschaftlichen Hintergrundbeiträgen, Zeitzeugeninterviews und umfangreichem Bildmaterial rekonstruiert der Sammelband „Der Lischka-Prozess: Eine jüdisch-französischdeutsche Erinnerungsgeschichte“ kaleidoskopartig die jüdisch-französisch-deutschen Beziehungen und den Bewusstseinswandel in den 1970er Jahren.

Der Inhalt des Buches basiert auf der Wanderausstellung „Der Lischka-Prozess. Drei NS-Täter 1979 vor Gericht in Köln“, die erstmalig im Sommer 2006 in den Räumen des NS-Dokumentationszentrums Köln zu sehen war.

Anne Klein (Herausgeberin) unter Mitarbeit von Judith Weißhaar: Der Lischka-Prozess: Eine jüdisch-französisch-deutsche Erinnerungsgeschichte. Ein BilderLeseBuch Metropol-Verlag 2013, ISBN: 978-3-86331-104-9, 280 Seiten, 19 Euro

Biografische Datenbank zu Gewerkschaftsfunktionären/-innen in nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1933 bis 1945 geht online

Das Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung präsentiert auf seinem „Internetportal zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ eine neue Datenbank. In dieser sind biografische Informationen zu Gewerkschaftsfunktionären und Gewerkschaftsfunktionärinnen zu finden, die zwischen 1933 und 1945 von den Nationalsozialisten in Konzentrationslagern inhaftiert wurden.

In die Datenbank aufgenommen wurden Personen, die vor der Machtübertragung an die Nationalsozialisten eine ehrenamtliche oder hauptamtliche Funktion in einer Gewerkschaft inne hatten, ferner Betriebsräte/-innen und Vertrauensmänner/-frauen. Vertreten sind alle Funktionärsebenen, vom Hauptvorstandsvorsitzenden bis zum Obmann/zur Obfrau im Betrieb.

Mit der Datenbank sollen die bisher wenig bekannten Schicksale politisch verfolgter Männer und Frauen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und zugleich für weitere Forschungen Anhaltspunkte gegeben werden.

Über verschiedene Suchfunktionen können zur Verfolgungsgeschichte z. B. aus den Reihen der „eigenen“ Gewerkschaft oder zu Gewerkschaftern/-innen aus einem bestimmten Ort oder auch Betrieb wertvolle biografische Informationen gefunden werden. Darüber hinaus ist auch ein gezielter Zugriff möglich auf Gewerkschafter/-innen, die vor 1933 einer bestimmten Partei angehörten oder ab 1933 in einem speziellen Konzentrationslager festgehalten wurden.

Online-Zugang zur Datenbank: http://www.fes.de/archiv/adsd_neu/public_history/inhalt/gewerkschafter_in_lagern.htm oder: http://archiv.fes.de/start.fau?prj=ifaust6 (Gastzugang über „anonyme Anmeldung“)



Hinterland #22: Gut vernetzt

(88 Seiten, 4,50 Euro)
Gut vernetzt…

…starten wir in diese Hinterland Ausgabe. Mit bestem Beispiel voran gehen dabei die Schweinenasen auf unserem Titelblatt, eine Momentaufnahme der letztjährigen Bodensatz-Kaffeefahrt zur Schweinemast nach Niederbayern – gute Spürnasen entdecken hier sogar das ein oder andere Redaktionsmitglied…

Die Autorinnen und Autoren dieser Hinterland-Ausgabe werfen nicht nur einen Blick auf die Formen und Möglichkeiten der Vernetzung von Flüchtlingen oder Migrationsgruppen. Auch die Schattenseiten des Netzwerkens werden in Zusammenhang mit den Altherrenbünden der Burschenschaften oder den politischen Verwobenheiten der Sudentendeutschen thematisiert. Und wie fühlt man sich eigentlich, wenn das Netzwerk gänzlich fehlt, weil man als Flüchtling aus Sierra Leone in ein schwäbisches Provinzlager gesetzt wird?

Bestellen und vorschmökern! unter www.hinterland-magazin.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: Holger Deilke, U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Hoeneß als Sündenbock?

Junge Freiheit Nr. 18/13
vom 26. April 2013

„Wer Steuerflucht bekämpfen will, der muss die Ursachen in Deutschland angehen statt Sündenböcke zu jagen“ titelt das Blatt zum Steuerflüchtling und zur Selbstanzeige von Uli Hoeneß – und biegt sich dann die Wirklichkeit so zurecht, wie sie passend gemacht werden muss: „Das deutsche Steuersystem ist das komplizierteste der Welt … Am Ende denkt jeder zu Recht oder zu Unrecht, er sei der Verlierer des Systems und sucht nach Wegen, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen.“

500 Millionen sind ganz schön viele Schäfchen, die da in der Schweiz trockengelegt wurden. Der Betrag taucht im ganzen Artikel nicht auf. Und weiter: „Deutschland ist kein Land, in das Anleger gerne Geld bringen.“ Die Bilanz der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland verzeichnet über die Jahre 2008 bis 2012 im jährlichen Durchschnitt ein Plus von 5,73 Mrd. Euro. Aber wenn der Reiche Steuern hinterzieht, hat das noch einen anderen Grund: Ihm fehlt „das Vertrauen in die Redlichkeit der Politiker“ – und das erlaubt dann Unredlichkeit und Kriminalität in großem Umfang. Ganz schön schwül für ein Law-and-Order-Blatt.

Alternative für Deutschland: Doch keine neue Hoffnung?

Junge Freiheit Nr. 19/13
vom 3. Mai 2013

Nun hat der Vorstand der AfD mit einem ziemlich beispiellosen – im übrigen nichtöffentlichen – Parforceritt die Gründung von 16 Landesverbänden und die Aufstellung von 16 Landeslisten hinter sich gebracht, die Mitgliederzahlen nehmen weiterhin zu. Allerdings sei nun langsam erkennbar, dass die „starke Verengung der Partei auf das Thema Euro-Krise und die damit bewusst in Kauf genommene programmatische Unschärfe in Beliebigkeit umschlagen könnte.“ Grund für diese Befürchtung ist die Behauptung des AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke in einer Fernsehsendung, die AfD sei keine konservative Partei und er könne sich EU-einheitliche Steuersätze vorstellen. Das irritiert das Blatt, das der Partei nun eine „Orientierungsphase“ zubilligt.

Muslimische Gefahren all überall

Junge Freiheit Nr. 19/13
vom 3. Mai 2013

Eine „tickende Zeitbombe“ vermutet das Blatt in einem islamfeindlichen Artikel, der kein Vorurteil auslässt – und mit wilden Zahlenspekulationen arbeitet: In einer Tabelle veröffentlicht das Blatt für 2010 6,0 % Anhänger des Islam in Belgien – und befürchtet, 2030 werden es 10,2 % sein. Im Artikel schreibt der Autor: „So sind schon jetzt 57 % der in Brüssel Gebohrenen Moslems. Über 25 % der Einwohner hängen ohnehin bereits dem Koran an.“ In Brüssel leben ca. 10 % der belgischen Bevölkerung, da kann es im restlichen Belgien nur ganz anders aussehen. Da werden gewalttätige Jugendbanden in Kopenhagen, No-go-Bezirke in Oslo, Göteborg, Rotterdam und Brüssel vermutet, Schutzgelderpressung gehöre zum Alltag – kurz die Islamisierung Europas sei weit fortgeschritten und der Ersatz des Grundgesetzes durch die Scharia stehe kurz bevor. Den NSU-Terror, das Breivik-Attentat und andere Gewalttaten gegen Muslime verschweigt das Blatt zielstrebig.

Der NSU-Prozess

Junge Freiheit Nr. 20/12
vom 10. Mai 2013

Das Blatt hält an der Linie fest, der NSU-Prozess drohe ein „Schauprozess“ zu werden: „Zuviele Interessen richten sich darauf, dass im Prozessergebnis die Version der Staatsanwaltschaft bestätigt und womöglich noch überboten wird: Die Integrations- und ‚Kampf gegen Rechts‘-Industrie braucht das Schreckgespenst NSU um … die eigene Diskurshegemonie zu zementieren und unliebsame Debatten gar nicht erst aufkommen zu lassen. Zum Beispiel Debatten über die in viel zu vielen Fällen tödliche deutschenfeindliche Migrantengewalt, die eine wachsende Zahl von Normalbürgern alltäglicher und unmittelbarer betrifft als ein ominöser und bis dato weitgehend unsichtbarer ‚Rechtsterrorismus‘ …“

Zehn Tote, über 23 zum Teil Schwerverletzte in der ganzen Bundesrepublik ominös zu nennen ist menschenfeindlich. Dem Gericht wird zudem unterstellt, kein sauberes Verfahren zu wollen – sondern: „Der NSU-Prozess soll auch dazu herhalten, in der deutschen Bevölkerung die letzten Widerstände gegen die multikulturelle Spaltung die Machtteilung im Land zu brechen.“

Egal, was im Verfahren herauskommt, für das Blatt wird das Urteil immer ein Schauurteil sein. *uld* ■

Reichsdeutsche unterhalten „Außenministerium“

Zwickau. Nur wenige hundert Meter vom letzten Versteck der drei Nazi-Terroristen Mundlos, Böhnhard und Zschäpe in der Frühlingsstraße in Weißenborn entfernt, haben rechte Verschwörungstheoretiker ein sogenanntes „Bürgeramt“ für einen fiktiven Staat eingerichtet. Passanten werden in der Niederhohndorfer Straße glücklicherweise mit Hilfe einer Hinweistafel auf das „Hoheitsgebiet“ des „Freien Deutschland“ aufmerksam gemacht, denn das Betreten des Grundsrücks ohne Einwilligung des Eigentümers wird „als Kriegserklärung gewertet“. Bereits am 16. Januar 2013 berichtete die „Freie Presse“ von einer Verhandlung gegen Birgit F. am Zwickauer Amtsgericht. Die Frau wurde seinerzeit zu einer Geldstrafe verurteilt. Sie zeichnet sich verantwortlich für das „Außenministerium des Minderheitenstaates Freies Deutschland“ und ist mit einem Dachdeckermeister liiert, derseinen Firmensitz im „Reichsgebiet“ in Weißenborn hat. Zuletzt hat die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft Staatlicher Selbstverwaltungen/ Freies Deutschland“ am 13. April 2013 zu einer Versammlung in den Gasthof Klatschschänke in den Zwickauer Ortsteil Schlunzig geladen. Die Reichsdeutschen erkennen die Existenz der Bundesrepublik als Staat und damit dessen Rechtsprechung nicht an, bezeichnen sie als BRD GmbH und verweigern sich dem Grundgesetz.

ART Zwickau, 7.5.13 ■

